Nr. 220. Halle (Saale), Mittwoch, den 19. September 1917. 28. Jahrg.

Das Volksblatt erscheint jeden Werktag nachmittag. Der monatliche Bezugspreis beträgt 80 Pf. frei ins Haus; durch die Post bezogen 70 Pf. oder vierteljährlich 2,10 Mk. ohne Bestellgeld.

„Die Neue Welt" (wöchentlich erscheinende Unterhaltungs-Beilage) kostet monatlich 10 Pfg.

Schriftleitung: Barz 44/44. Fernsprech. 1048 Sprechstunde: werktags von 12 bis 1 Uhr mittags.

Volksblatt

Sozialdemokratisches Organ

für Halle und den Saalkreis, die Kreise Merseburg-Querfurt, Delitzsch-Bitterfeld, Wittenberg-Schweinitz, Torgau-Liebenwerda, Sangerhausen-Eckartsberga und die Mansfelder Kreise.

Die Anzeigengebühr beträgt für die 46 mm breite Kolonelzeile od. deren Raum 50 Pf., für auswärtige Anzeigen 60 Pf., Anzeigen unter Text (92 mm breite Reklamezeile) 75 Pf.

Anzeigen für die nächste Ausgabe sind bis morgens 10 Uhr in der Geschäftsstelle oder bis 9 Uhr in den Filialen aufzugeben (größere Anzeigen möglichst am Tage vorher).

Hauptgeschäftsstelle: Barz 44/44. Fernsprech 1047 Geöffnet: werktags ununterbrochen v. 7 Uhr morgens bis 7 Uhr abends.

Deutscher Heeresbericht.

Großes Hauptquartier, 19. Sept. 1917. (W. T. B.)

Westlicher Kriegsschauplatz.

Heeresgruppe Kronprinz Rupprecht. In Flandern war zwischen dem Houthoulster Wald und der Lys gestern den Tag über der Artilleriekampf gesteigert. Das Zerstörungsfeuer der feindlichen Batterien, denen unsere starke Gegenwirkung sichtlich Abbruch tat, lag wieder in heftigsten Feuerwellen auf unserer Abwehrzone. Abends und heute morgen gab der Feind mehrmals Trommelfeuer ab, ohne daß Infanterieangriffe folgten. Bei Lens und St. Quentin herrschte lebhafte Gefechtstätigkeit.

Heeresgruppe Deutscher Kronprinz. Nordöstlich von Soissons, am Aisne-Marne-Kanal und westlich der Suippes-Niederung bekämpften sich die Artillerien zeitweilig unter starkem Munitionseinsatz. Auf dem Ostufer der Maas brachen die Franzosen nach kurzer, kräftiger Feuervorbereitung westlich der Straße Beaumont-Bacharauville in drei Kilometer Breite zum Angriff vor. Die ersten, in unserem Abwehrfeuer schnell weichenden Sturmwellen des Feindes wurden von den tiefgegliedert folgenden Reserven zu erneutem Angriff vorgerissen. Auch dieser starke Stoß kam im Feuer und Nahkampf zum Scheitern. In dem zurückflutenden Haufen fand unsere Artillerie besonders lohnende Ziele. Der Tag hat die Franzosen wieder hohe Verluste gekostet, ohne ihnen den geringsten Vorteil zu bringen.

Gestern sind 16 feindliche Flugzeuge zum Absturz gebracht worden, Vizefeldwebel Thom schoß drei, Leutnant Thyn zwei Gegner ab.

Oestlicher Kriegsschauplatz.

Front Prinz Leopold. Bei Dünaburg und im Bogen um Luck hat die Feuertätigkeit der Russen merklich zugenommen.

Front Erzherzog Joseph. Starke Angriffe der Rumänen richteten sich gegen unsere Höhenstellungen südlich des Ojtoz-Tales. Der südlich von Grozesci anfänglich eingebrochene Feind wurde durch kräftigen Gegenstoß geworfen, im übrigen schon durch Feuer abgewiesen, und büßte außer blutigen Verlusten zahlreiche Gefangene ein.

Heeresgruppe Mackensen. Bei Barnita und Muncelul wiederholten rumänische Truppen ihre Angriffe, die ihnen erneut einen Mißerfolg brachten.

Mazedonische Front. Im Becken von Monastir und in der Enge zwischen Presva-See und Ochrida-See verstärkte sich die Artillerietätigkeit. Oestlich des Doiran-Sees kam es zu Postengefechten, in denen die Bulgaren englische gemischte Abteilungen vertrieben.

•

Zur Kriegslage führt das bekannte englische liberale Blatt Manchester Guardian in einem Leitartikel aus, man sei in England geneigt, für die Nichtverwirklichung der Hoffnungen an der Westfront, die offen zugegeben werden müsse, Rußland zu tadeln. Aber es sei zweifelhaft, ob die Lage in Flandern anders wäre, wenn Rußland mit der alten Kraft gekämpft hätte. Englands Problem an der Westfront sei dasselbe, was es unter allen Umständen gewesen wäre, falls nicht gerade die Russen Ostpreußen oder Ungarn erobert hätten. Die Zeitung sagt: Es ist gut, den Tatsachen ins Gesicht zu blicken und die hauptsächlichste Tatsache der Westfront ist die, daß wir das Problem des Angriffs auf solche Stellungen, wie sie die Deutschen dort geschaffen haben, außer mit unerträglichen Verlusten erst noch lösen lernen müssen. Es ist ein taktisches Problem, und es wird klar, daß die Ueberlegenheit der Artillerie, von der wir den Sieg erhofften, allein uns den Sieg nicht geben wird. Die Zeitung wirft die Frage auf, ob es nicht ratsamer wäre, die Frontangriffe einzustellen und die Kriegführung auf Angriffe auf die rückwärtigen Verbindungen zu beschränken. Die Deutschen hätten dieses längst erkannt und daher den Tauchbootkrieg unternommen. England müsse versuchen, die unbedingte Ueberlegenheit in der Luft zu erringen und dann den Krieg durch Flieger zu gewinnen, ohne einen einzigen Mann durch Front-Angriffe zu verlieren. (W. T. B.)

•

Feindliche Fliegerangriffe auf Süd-Westdeutschland.

Berlin, 18. September. Unsere Gegner unternahmen am 16. September mehrere Bombenflüge gegen das süddeutsche Heimatgebiet. Es wurden angegriffen: Stuttgart, Tübingen, Freudenstadt, Oberndorf, St. Ingbert, Saarbrücken und Kolmar. Bei Stuttgart wurde ein Soldat leicht verletzt, in Freudenstadt und Kolmar entstand Gebäudeschaden. Alle übrigen Angriffe verursachten weder Verluste an Toten und Verwundeten noch Sachschaden. Drei der feindlichen Flugzeuge wurden innerhalb des Heimatgebietes abgeschossen. (Amtlich.)

Erklärung der deutschen Regierung

zu den Luxburg-Telegrammen.

Berlin, 18. September. Nach einer Meldung veröffentlicht die Stockholmer Zeitung Nya Dagligt Allehanda eine Erklärung der Deutschen Regierung in Angelegenheit der Depeschen des Grafen Luxburg, die folgenden Wortlaut hat: Die Kaiserliche Regierung beklagt tief, daß der Schwedischen Regierung infolge ihrer dankenswerten Vermittlung von Telegrammen zwischen deutschen Gesandten im Ausland und dem Auswärtigen Amt Unannehmlichkeiten entstanden sind. Die Regierung beklagt weiter, daß der deutsche Vertreter in Buenos Aires derartige Telegramme unter Benutzung der Schwedischen Vermittlung abgesandt hat. Die Regierung hat, sobald ihr der Fall bekannt wurde, ihre Vertretungen im Ausland ausdrücklich angewiesen, dafür zu sorgen, daß alle Versuche, die Königlich Schwedische Regierung in Verbindung mit dem Inhalt der vermittelten Schlüssel-Telegramme zu bringen, zurückgewiesen werden. Gleichzeitig betont die Kaiserliche Regierung ihrerseits, daß die schwedische Regierung keine Kenntnis vom Inhalt dieser Telegramme gehabt hat.

Gesellschaft der Nationen.

Von der Theorie zur Tat.

Die Sozialdemokratie fordert die Vereinigung der Nationen zu einem Bunde, der Frieden, Freiheit der Völker, des Weltverkehrs usw. garantiert. Es ist von Bedeutung, daß diese Bestrebungen jetzt von französischer Seite eine besonders lebhafte Förderung erfahren. Wir geben hier — erfreut — einen Aufsatz des Genossen Edgar Milhaud in der Pariser Humanité wieder, der wie folgt lautet:

Während der ersten zwei Jahre des Krieges war die Gesellschaft der Nationen nur eine Utopie. Später richtete man sich darauf ein, von ihr wie von einem fernliegenden Problem zu sprechen.

Als in den letzten Dezembertagen 1916 Wilson die beiden kriegführenden Gruppen nach ihren Kriegszielen befragte und ihnen dabei auseinandersetzte, daß nach seiner Meinung die welterschütternde Krise nur in einer neuen Ordnung ihre Lösung finden könnte und daß diese Ordnung keine andere sei als die große Föderation der Völker, da waren die Mittelmächte und die Entente einig in der Erklärung, daß dies ein Problem der Nachkriegszeit, um nicht zu sagen der Nachfriedenszeit sei, mit dem sie sich im Augenblick nicht beschäftigen könnten.

Wir haben an dieser Stelle gegen jene Auffassung protestiert. Wir haben uns bemüht, zu zeigen, daß die Völker Garantien brauchten und daß, wenn sie nicht dahin übereinkämen, allgemein gültige internationale Garantien zu schaffen, sie bis zur restlosen Erschöpfung kämpfen würden, um sich, eines gegen das andere, besondere Garantien zu schaffen, territoriale, strategische, die für die einen nur in dem Maße ein Schutz sind, als sie für die anderen eine Bedrohung bilden.

Damals waren wir die einzigen, die eine solche Sprache führten. Seitdem sind Monate verstrichen, das Blut von Hunderttausenden ist geflossen, und die Idee hat ihren Weg gemacht. So fanden wir in der gestrigen Nummer des Petit Parisien (10. September) ihn in einem Artikel zum Ausdruck gebracht, der von Jules Destrée, belgischen Gesandten im revolutionären Rußland, unterzeichnet ist:

„Wenn der Plan der Gesellschaft der Völker, so schreibt er, wirklich Gestalt gewinnt, wenn man eine Möglichkeit entdeckt, anders als durch Verträge die Sicherheit der großen und kleinen Völker zu garantieren, die Möglichkeit eine Rechtsprechung der Welt zu schaffen, um die Konflikte zwischen den Völkern zu prüfen und mit wirksamer Kraft die Ausführung der Richtersprüche zu überwachen, wenn man im internationalen Leben den Fortschritt verwirklicht, der im bürgerlichen Leben schon vollzogen ist und allen Bürgern durch das Mittel der organisierten Staatsgewalt die persönliche Sicherheit verleiht — wer sieht nicht ein, daß dadurch die Kriegsziele außerordentlich verändert, die Verhandlungen und Zugeständnisse erleichtert, die Lösungen beschleunigt würden? Wenn wir gewiß wären, nach dem Kriege eine vollkommene Einrichtung zur Regelung internationaler Streitigkeiten zu besitzen; wäre der Fortschritt so gewaltig, daß alles übrige nebensächlich würde und daß man sogar vorläufig den Statusquo (bisherigen Zustand) wieder annehmen könnte, da ja die neue Organisation es gestatten würde, daß, was an der Karte von 1914 fraglich war, später wir nicht die Pferde hinter den Wagen und das Prinzip hinter die Konsequenz."

Was ist aus eine Utopie der Ideologen? Nein doch, die einzigen Utopisten in diesem Falle sind jene, die sich einbilden, daß dieser Krieg ein Krieg wie andere Kriege sei. Die Logik der Tatsachen muß uns davon überzeugen, daß ein Weltkrieg wie dieser nur ein Ende haben kann: den Weltfrieden. Und dieser Weltfrieden kann nur vorbereitet, verwirklicht und gesichert werden durch die Gesellschaft der Völker."

Das ist auch der Gedanke, der die Note des Papstes beherrscht. Sie spricht nicht ausdrücklich von der Gesellschaft der Völker, aber sie gestaltet die Idee selbst mit vollkommener Genauigkeit, und dieser beherrschenden Idee sind die besonderen Vorschläge, die sie macht, untergeordnet:

Vor allem sagt sie, muß der entscheidende Punkt sein, daß die materielle Gewalt der Waffen durch die moralische Macht des Rechts ersetzt wird, woraus eine gerechte Verständigung über die gleichzeitige und beiderseitige Abrüstung hervorgeht: Entsprechend den notwendigen Regeln und Sicherheiten, um in jedem Staat die öffentliche Ordnung aufrechtzuerhalten, und die Ersetzung der stehenden Armeen durch ein Schiedsgericht mit der hohen Aufgabe, den Frieden zu erhalten, nach der Regel sich zu einigen, und der Sanktion zu entscheiden gegen jeden Staat, der sich weigert, internationale Fragen dem Schiedsgericht zu unterbreiten oder dessen Entscheidungen anzuerkennen. Ist so die Suprematie (Vorherrschaft) des Rechts aufgerichtet, so beseitigt man zugleich alle Hindernisse auf den Wegen des Völkerverkehrs durch die Sicherung der Freiheit und Gemeinsamkeit der Meere, wodurch einerseits zahlreiche Konfliktgründe beseitigt werden, andererseits sich allen neue Quellen des Fortschrittes und Wohlstandes öffnen.

Gewiß, über viele Einzelvorschläge der päpstlichen Note haben wir unsere Bedenken, manchmal sogar sehr ernste, aber unzweifelhaft hat sie das eine große Verdienst: sie gibt als Grundlage zur Regelung der Einzelfragen, um die die Kriegführenden streiten, die Errichtung eines neuen internationalen Systems. Sie proklamiert die voraussetzliche Notwendigkeit der Gesellschaft der Völker. Das ist ein Zeichen der Zeit von außerordentlicher Bedeutung.

Wir sehen aber auch noch ein anderes Zeichen der Zeit von noch größerer Bedeutung in der Tatsache, daß die französische Kammer in einer fast einstimmig angenommenen Tagesordnung vom 5. Juli ihren Willen erklärt hat, „dauernde Garantien zu suchen für den Frieden und die Unabhängigkeit der großen und kleinen Völker in einer jetzt schon vorzubereitenden Organisation der Gesellschaft der Völker".

So ist tatsächlich das Stadium der rein theoretischen Erwägungen vorbei. Und jetzt handelt es sich darum, zur Tat überzugehen. Vor neue Probleme von drängender und brennender Wichtigkeit sehen wir uns also gestellt.

Edgar Milhaud.

Belgien und Riga.

Herr Scheidemann und der Vorwärts haben mit tausend Eiden folgendes beschworen:

erstens, daß die Friedensresolution des Reichstages jede Annektion fremden Gebietes verwirft,

zweitens, daß sich der Reichskanzler und die Reichsregierung auf den Boden dieser Resolution gestellt haben.

In immer neuen Formen sind diese beiden Versicherungen als „feststehende Tatsachen" den Lesern verkündet worden. Wir haben stets davor gewarnt, denn jede der beiden Bekundungen sind zweifelhaft, unklar, zweideutig. Man kann den angegebenen Sinn aus ihnen heraushören, aber man muß ihn nicht heraushören. Je nach den Umständen und der Deutung kann man auch auf Grund des Textes der Resolution Annektionen als zulässig erklären. Und der Reichskanzler kann sich jederzeit darauf berufen, daß er ja eben nur der Art der Auslegung zugestimmt habe, „so wie ich sie verstehe". Gleichviel: der Streit wäre müßig, wenn nicht die beiden greifbaren Fragen jetzt zu entscheiden wären: Belgien und Riga. Wäre die Resolution einwandfrei im Punkte: keine Annektionen, und hätte sich die Regierung dazu bekannt, so könnte es keinerlei Aufregung über die Frage Belgien und Riga geben. Denn dann wäre ja längst entschieden, daß die Regierung selbstverständlich Belgien und Riga zurückgibt. Was aber erleben wir jetzt? Von oben inspirierte Quellen behaupten, über die Frage Belgien sei jetzt entschieden worden, man wolle es nicht annektieren. Darauf ein ungeheurer Lärm der Annektionisten-Presse. Das sei eine „Bankrotterklärung der deutschen Zukunft", ein „Hungerfriede", eine Regierung, die so etwas wage müsse beseitigt werden. Das geht schon tagelang so. Erst gestern schreibt z. B. die Berliner Deutsche Zeitung:

„Ist tatsächlich eine Bindung der deutschen Politik in der belgischen Frage im Sinne der negativen Weltanschauung der Reichstagsmehrheit erfolgt, so würde der Reichskanzlerwechsel zwecklos gewesen sein. Wir stünden dann vor der Notwendigkeit Personen zu opfern, um die Sache zu retten, denn es kann und darf unter keinen Umständen sein, daß die Zukunft des gesamten deutschen Volkes durch einen erschütternd verhängnisvollen Fehler einzelner Personen zugrunde gerichtet wird. Die letzten Gründe für die unbedingte Notwendigkeit, daß wir die unbestrittene Macht und Herrschaft über die flandrische Küste behaupten, können gar nicht öffentlich ausgesprochen werden, weil diejenigen, die sie sachverständig berufen darzulegen in der Lage wären, durch Fesseln, die sich aus Stellung und Beruf ergeben, gebunden sind, unter Umständen Staatsgeheimnisse preisgeben müßten. Ist eine Entscheidung im Sinne eines Verzichts auf die deutsche Macht in Belgien und damit auf die Freiheit politischer und wirtschaftlicher Entwicklung Deutschlands gefallen, so muß eine Preisgabe der verantwortlichen politischen Personen erfolgen, um die Freiheit neuer Entschließungen wiederzugewinnen."

Das ist nur eins der zahmsten Beispiele aus der alldeutschen und konservativen Presse. Aber auch die nationalliberale, ja auch die Zentrumspresse erklärt, ein klarer Verzicht auf Belgien dürfte unter keinen Umständen ausgesprochen werden, obgleich diese Presse weiß, daß eine endliche Klarstellung der belgischen Frage die Friedensfindung beschleunigen würde. Die Kölnische Volkszeitung erklärt in ihrem Namen und im Namen eines führenden Zentrumsabgeordneten:

„Wir müssen reale Garantien dafür erhalten, daß es seine Festungen, seine Eisenbahnen, sein ganzes Militär nicht gegen uns benutzen kann. Die Freiheit der Meere schließt auch in sich die Freiheit der Meerengen. Belgien ist aber die Türe, durch die wir die Freiheit der Meere in der Zukunft erzwingen können."

Und das führende Zentrumsorgan Germania schreibt, von einem Verzicht auf Belgien könne nicht die Rede sein. Ihn wolle niemand im Reichstag und niemand in der Regierung. Ueberall handele es sich nur darum, die Bedingungen festzusetzen, unter welchen wir uns bereitfinden lassen würden, die eroberten Landstriche freiwillig wieder aus der Hand zu geben, die uns unsere Feinde mit Gewalt trotz aller ihrer Anstrengungen nicht zu entreißen vermochten.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-170675262191709 19-17/fragment/page=0001

Also Verzicht nicht, aber Bedingungen, „reale Garantien", wenn wir räumen würden. Was sagt nun die Scheidemannpartei zu ihren zentrümlichen Blockgenossen? Im übrigen versichern neuerliche Erklärungen, daß eine Entscheidung der Regierung über Belgien noch nicht erfolgt sein soll. Das dürfte wohl stimmen. Die Regierung hat weder auf Belgien verzichtet, noch wird sie derartiges eindeutig erklären. Sie läßt sich die doppelte Auslegung ihrer Stellungnahme auch weiter gefallen. So wird denn der Weg niemals geöffnet werden, der unbedingt zu Friedensverhandlungen führen würde: der Weg des unbedingten klaren und ausgesprochenen Verzichtes auf jede Eroberung und Vergewaltigung irgend eines Landes oder Landesteiles.

Ebenso wichtig und bedeutsam für das Ermöglichen der Friedensverhandlungen ist die Frage Riga. Der Jubel fast der gesamten bürgerlichen Presse über das „wiedergewonnene Riga", das deutsche Riga hallt noch täglich in der Presse nach. Das Mitglied der „freien Kommission", die mit dem Reichskanzler beriet, der Abg. Stresemann rief aus: „Traurige Gesellen, die da erwarten, daß wir das deutsche baltische Land jemals wieder herausgeben werden!" Die Zeitschrift Türmer erklärt: „Wir behalten nicht nur Kurland und Litauen, was ja selbstverständlich ist, sondern auch Livland und Estland." Und so weiter. Soeben meldet das offiziöse Telegraphenbureau:

München, 18. September. Die Mitglieder der baltischen Kolonie in München veranstalteten aus Anlaß der Einnahme von Riga eine Feier und sandten ein Telegramm an Generalfeldmarschall v. Hindenburg ab. Aus dem Großen Hauptquartier traf folgende Antwort ein: „Der baltischen Kolonie in München herzlichen Dank für das freundliche Gedenken. Die Befreiung Rigas ist der Lohn für das zähe Festhalten seiner Bewohner am Deutschtum. Treue um Treue. Generalfeldmarschall v. Hindenburg."

Nun warten wir ab, was die Blockmehrheit im Reichstage, besonders die Scheidemannpartei zu dieser Entwicklung der Dinge sagen wird. Wird sie auch weiter behaupten:

erstens: ihre Friedensresolution spreche den Verzicht auf jede Art Annektionen aus und

zweitens: die Regierung habe sich tatsächlich auf diesen Grundsatz festgelegt?

Könnte der Mehrheitsblock, der immer wieder versichert, „gegen uns kann keine Regierung regieren", nicht in der nächste Woche beginnenden Reichstagstagung endlich „seine" Regierung zur klaren, eindeutigen Stellungnahme veranlassen?

Die Frage der Annektion bleibt der entscheidende Punkt für die Friedensfindung.

Französische Kriegsziele.

Rückgabe des Elsaß — Schadenersatz — Gesellschaft der Nation.

Paris, 18. September. (Havas.) Heute nachmittag ist folgende **Erklärung des Ministeriums Painlevé** in den Kammern verlesen worden: Die Stunde eignet sich weder zu langen Reden noch für lange Programme. Alle materiellen und moralischen Kräfte der Nation für den entscheidenden Augenblick des Ringens zusammenzufassen, das ist die Pflicht der Regierung. Je mehr wir uns dem Ende nähern, um so mehr wird die moralische Widerstandsfähigkeit der Nation ein ausschlaggebendes Mittel zum Siege werden. Gerade gegen diese moralische Widerstandsfähigkeit erklären unsere Feinde, die uns auf den Schlachtfeldern nicht haben besiegen können, ihre Angriffe verdoppeln zu wollen; Sache der Regierung ist es, ihre Wachsamkeit gegen diese hinterlistigen Unternehmungen und ihre Energie gegenüber denjenigen, die diese Unternehmungen unterstützen würden, zu verdoppeln. Die Gerechtigkeit wird in den bereits eröffneten Untersuchungen ebenso, wie in denen, die noch folgen könnten, ihren Weg ohne Zaudern, ohne Schwäche, ohne Rücksicht auf die Stellung irgend jemandes verfolgen: wer sich zum Mitschuldigen des Feindes macht, muß die Strenge des Gesetzes fühlen. Welches auch das Ende dieses traurigen Krieges sein möge, sie werden keine Partei treffen. Wenn Frankreich diesen Krieg fortsetzt, so geschieht es weder um zu erobern, noch um sich zu rächen. Es geschieht, um seine Freiheit und Unabhängigkeit zugleich mit der Freiheit und Unabhängigkeit der Welt zu verteidigen. Frankreichs Forderungen sind diejenigen des Rechtes selbst, sie sind unabhängig vom Lose der Schlachten. Frankreichs Kriegsziele sind, wenn es sich um eine Nation handelt, die 44 Jahre lang trotz großer, offener Wunden, alles getan hat, um der Menschheit die Schrecken des Krieges zu ersparen:

Desannektion (Rückgabe) Elsaß-Lothringens, der Ersatz für die Schäden und Zerstörungen, die der Feind angerichtet hat, der Abschluß eines Friedens; nicht eines Friedens des Zwanges und der Gewalt, der den Keim des nächsten Krieges in sich schließt, sondern eines gerechten Friedens, durch den kein Volk, mächtig oder schwach, unterdrückt wird, eines Friedens gemeinsamer Bürgschaften, welcher die Gemeinschaft der Nationen gegen Angriffe für immer sichert.

Solange diese Ziele nicht erreicht sind, wird Frankreich den Kampf fortsetzen. Gewiß, den Krieg auch über einen Tag zu lange fortsetzen, hieße, das größte Verbrechen zu begehen. Aber wollte man ihn nur einen Tag zu frühe abbrechen, so würde man Frankreich der erniedrigsten Knechtschaft ausliefern. Es handelt sich nicht darum, daß der Wille, sondern auch darum, daß alle materiellen Kräfte des Landes auf dies eine Ziel gerichtet sind: Den Krieg!

•

Ueber Hungerunruhen in Italien

berichten, nach der V. Z., Reisende aus Italien, die noch kurz vor der Grenzsperre Chiasso passierten, daß in Turin am Freitag eine neue Hungerrevolte ausgebrochen ist. Maschinengewehre traten in Aktion. Es gab eine Anzahl Tote und Verwundete, darunter Frauen und Kinder. (!)

Das Züricher Volksrecht meldet: In Turin dauert der Belagerungszustand fort. Während der Straßenkämpfe wurden zehn Arbeiter getötet und viele Hunderte verwundet. Auch Massenverhaftungen sind erfolgt, darunter die von sämtlichen Arbeitersekretären. Achtzigtausend Arbeiter der Automobilfabrik Fiat streikten fünf Tage lang. Die Idea Nazionale forderte von der Regierung die schärfsten Maßnahmen. Der Avanti erklärte daraufhin: Er wolle die Regierung nicht umstimmen; wenn sie den Mut hätte, loszugehen, würde sie die Arbeiter bereit finden, den Kampf aufzunehmen. — Der Avanti ist, wie aus späteren Meldungen hervorgeht, für alle italienischen Truppen verboten. Nach Aussagen italienischer Gefangener der 35. italienischen Division ist für alle italienischen Truppen der Salonikifront und des albanischen Kriegsschauplatzes der Avanti verboten, weil nach Ansicht der Gefangenen diese Zeitung die Wahrheit sagt und nicht für den Krieg ist.

Massenverhaftungen. Nach zuverlässigen Schweizer Meldungen von der italienischen Grenze sind am Freitag und Sonnabend in Turin, Mailand und Florenz mehrere hundert politische Verhaftungen erfolgt, die mit der Entdeckung einer Friedensbewegung im Zusammenhang stehen sollen.

Ausdehnung der „Kriegszone". Rom, 18. September. Durch Dekret vom 16. September wurden die Provinzen Alessandria, Genua und Turin angesichts ihres militärischen Charakters in die Kriegszone einbezogen.

Hochverratsprozeß in Rom. Ein neuer Hochverratsprozeß gegen acht Angeklagte, darunter zwei Frauen, wird in diesen Tagen in Rom wieder hinter verschlossenen Türen verhandelt.

Meldungen vom U-Boot-Kriege.

Berlin, 18. September. Im Sperrgebiet um England wurden durch unsere Unterseeboote 10 000 B.-R.-T. versenkt. Unter den vernichteten Schiffen befanden sich zwei große bewaffnete englische Dampfer, eines davon anscheinend ein Hilfskreuzer oder Transporter. (Amtlich.)

Bern, 18. September. Eine offizielle Meldung Pariser Blätter besagt, daß angesichts der neuen Art U-Boot-Kriegführung durch die Deutschen, welche die U-Boote in Geschwadern operieren lassen, zu erwarten sei, daß die neue Phase des U-Boot-Krieges ganz besonderen Ernst annehmen werde.

•

Amerika sperrt seine Ausfuhr.

Neuyork, 17. September. (Reuter.) Um die notwendigen Vorräte sicherzustellen, hat der Verwaltungsrat für die Ausfuhr gestern eine lange Liste von Waren bekanntgegeben, deren Ausfuhr vollständig verboten ist, wofern der Versand nicht unmittelbaren Kriegszwecken dient. Die Liste führt auf: **Weizen, Mehl, Zucker, Butter, Baumwolle, Eisen und Stahl aller Art, viele Chemikalien und einige andere Artikel.** Hinzugefügt wird in der Bekanntmachung, daß begrenzte Mengen der erfaßten Artikel in gewissen anderen Fällen ausgeführt werden können, wenn dies ohne Nachteil für die Vereinigten Staaten geschehen kann, oder wenn sie für notwendige medizinische oder pharmazeutische Zwecke erfolgt.

Nach weiteren Meldungen haben die Vereinigten Staaten neben einem Ausfuhrverbot für Gold auch ein solches für Silber geplant und in Barren erlassen, ferner auch ein Verbot der Ausfuhr für Papiergeld.

Die Kriegsvorbereitungen Amerikas.

Der Engländer Lord Northcliffe, der in Amerika Kriegsstimmung machen hilft, telegraphiert an die Daily Mail: Amerika hat jetzt **anderthalb Millionen Soldaten** unter den Waffen. Das stehende Heer ist auf volle Stärke gebracht, das heißt auf vierhunderttausend Mann, die Nationalgarde auf fünfhunderttausend Mann, der Rest ist durch das Los aufgebracht (etwa sechs- bis siebenhunderttausend Mann). Die für das Heer bewilligten Kredite machen den Verstand stillstehen: 128 Millionen Pfund Sterling (2560 Millionen Mark) werden allein für Luftfahrzeuge ausgegeben, 227 Millionen Pfund Sterling für den Bau von Handelsschiffen. Die Gesamtausgaben der Vereinigten Staaten betragen täglich schon mehr als 1600 Millionen Dollar. Die Darlehen an die Alliierten berechnen sich außerdem auf täglich 2,4 Millionen Pfund Sterling (10 Millionen Mark).

Stockholm.

Die französischen Sozialisten halten an Stockholm fest. Aus Paris wird gemeldet: Die Versammlung des sozialistischen Seineverbandes, der für die sozialistische Politik von ganz Frankreich bedeutsam ist, nahm am Montag auch eine von den Zimmerwaldern eingebrachte Tagesordnung zugunsten der Stockholmer Konferenz und des Wiederaufbaues der Internationale an. — Gut. Nun müßten aber die französischen Genossen endlich ernsthaft den Kampf gegen die Regierung, die ihnen die Pässe verweigert, aufnehmen und bis zum Erfolge durchführen.

Nach dem Temps sind in einer Sitzung der Minderheit der Sozialistenpartei zur Vorbereitung des Kongresses der Minderheit lebhafte Meinungsverschiedenheiten entstanden: Loriot, Rappoport, Bourderon und Alexandre sprachen gegen Beteiligung der Sozialisten an dem Ministerium und gegen die Kriegskredite. Longuet und Delépine erklärten sich für letztere, solange Frankreich einen Verteidigungskrieg führe und Nordfrankreich und Belgien vom Feinde besetzt seien; Longuet war für Beteiligung der Sozialisten an der Regierung, falls sie dadurch ihre Meinung in der Friedensfrage zur Geltung bringen könnten. Vermittlungsversuche zwischen beiden Richtungen mißglückten, ein Ausschuß soll eine für beide Teile annehmbare Entschließung ausarbeiten.

Ungarische Friedensfreunde. Budapest, 18. September. Abg. Graf Karolyi sagte einem Mitarbeiter vom Pesti Hirlap, um Mißverständnisse zu verhüten, möchte er erklären, daß die Vermittlerrolle, die er der österreichisch-ungarischen Monarchie in seiner Sagesder Rechenschaftsrede zugeschrieben habe, nicht so zu verstehen sei, als dächte er etwa an einen Sonderfrieden, wie er auch die Annäherungen in Frankreich in Friedenszeiten so aufgefaßt habe, daß sie eine Entspannung zwischen beiden Mächtegruppen herbeiführe und den Krieg hintanhalten solle. Karolyi erklärte, an der (bürgerlichen) Berner internationalen Friedenskonferenz teilnehmen zu wollen; er hoffe, von der Regierung nicht daran verhindert zu werden und wünsche, daß an ihr außer Vertretern der parlamentarischen Partei auch solche aus bürgerlichen und Arbeiterkreisen teilnehmen.

Rußland.

Die Politik des Sowjets.

Stockholm, 17. September. Das hiesige Sowjet-Bulletin (Sowjet heißt Arbeiter- und Soldatenrat) publiziert eine Resolution, die in der Vollsitzung des Zentralkomitees über die Situation an der Front angenommen wurde. Die Resolution erklärt die Befreiung von der äußeren Gefahr als die Lebensfrage der gesamten Demokratie und ruft die organisierte Demokratie auf, die Regierung zu unterstützen. Das Zentralkomitee bestebt auf der unverzüglichen Verwirklichung des demokratischen Reformprogramms. Seltsam mutet angesichts der jetzigen Anklage gegen die Generale wegen Verrats der nachstehende Satz der Resolution an: „Das Zentralkomitee protestiert energisch gegen die Versuche, den Rückzug der Armee des Rigaer Frontabschnitts, welcher auf Befehl des Generalissimus aus Gründen der militärischen Notwendigkeit erfolgte, als kopflose Flucht darzustellen."

Das Sowjet-Bulletin publiziert weiter die Resolutionen des vereinigten sozialdemokratischen Kongresses. Die Resolution der rechtsstehenden Menschewiki, welche mit 96 Stimmen durchdrang, sagt, der einzige Weg zum Frieden sei die Erneuerung der Einheit des internationalen Proletariats, der einheitliche Kampf für den Frieden und der Schutz der russischen Revolution vor dem inneren und äußeren Zusammenbruch. Die Sozialdemokratie verwerfe den Sonderfrieden als einen Schlag gegen die Einheit des internationalen Proletariats, welcher zugleich die Beteiligung Rußlands an einem neuen Kriege bedeuten würde. Sie protestiert auch gegen die Hindernisse, welche der internationalen Konferenz durch die imperialistischen Regierungen bereitet wurden und sei überzeugt, daß die Bemühungen des Proletariats der Allianceländer diese Hindernisse überwinden würden. — Die Resolution Martow, welche 72 Stimmen auf sich vereinigte, kritisiert die unentschlossene Außenpolitik der revolutionären Demokratie, welche die Massenbewegung durch die diplomatische Einwirkung auf die Führer der sozialistischen Parteien ersetzte. Die Resolution weist weiter auf die Gefahr der Anarchie hin, angesichts der Enttäuschung der Massen, welche an der Fähigkeit der Revolution, Frieden herbeizuführen, zweifeln.

Das Sowjet-Bulletin berichtet dann über zwei weitere interessante Kongreßbeschlüsse: die Resolution, welche die Abschaffung der Todesstrafe an der Front fordert, wurde mit allen gegen neun Stimmen angenommen. Weiter wurde eine Resolution angenommen, hinsichtlich der Verhaftung Tschitscherins in England wegen Vertretung der Interessen der russischen Emigranten. Gegen diesen Gewaltakt der Imperialisten wurde lebhaft protestiert und von der Provisorischen Regierung gefordert, Schritte für die sofortige Befreiung des Verhafteten zu tun.

•

Zur Bildung des neuen Ministeriums wird dem Amsterdamer Allgemeen Handelsblad aus London von anscheinend gut unterrichteter Seite geschrieben: Kerenski stand vor einem schwierigen Dilemma. Es handelte sich um die Koalitionsfrage. Es wurden Geschäftsleute eingeladen, sich an der Regierung zu beteiligen. Sie wollten aber nur dann in das Ministerium eintreten, wenn auch Kadetten aufgenommen würden. Kerenski hat sich alle mögliche Mühe gegeben, um sich mit dem Sowjet (A.- und S.-Rat) gut zu stellen, der in der letzten Krise sehr nach links abgesonnen ist und jetzt stark unter dem Einfluß der Bolschewiki steht. In der Sitzung des Petersburger Sowjet wurden von dem Bolschewiki Kumenem leidenschaftliche Reden gehalten, die lebhaften Beifall fanden. Die Bolschewiki verlangten die **sofortige Bildung eines sozialistischen Ministeriums, die sofortige Proklamation der Republik, sofortige Einberufung einer konstituierenden Versammlung und Abschaffung aller Würden und Titel.** Die Partei Tschernows schien sich der Bolschewiki bedienen zu wollen, fürchtete aber gleichzeitig, daß diese zu weit gehen könnten. Die Anträge der Bolschewiki wurden mit großer Mehrheit angenommen, nur die Menschewiki der Gruppe Tseretellis stimmten dagegen. — Die meisten Soldatendelegierten waren aber nicht anwesend, da sie an dem Feldzug gegen Kornilow teilnahmen. Einige Stunden lang bestand die Wahrscheinlichkeit, daß Kerenski zurücktreten und eine sozialistische Regierung ans Ruder kommen würde. Nach langen Verhandlungen fand Kerenski eine vorläufige Lösung, indem er ein Kriegskabinett oder Direktorium bildete. Die Minister, die nicht in dem Kriegskabinett vertreten sind, werden reine Verwaltungsminister sein.

Kerenskis Sieg über Kornilow erklärt die M. Z. aus dem Umstande, daß sich Kerenski als der geschicktere und überlegenere Taktiker und in der Lügen taktischen Ausnutzung des Augenblicks als Meister erwiesen habe.

Die Gefahr, die von Kornilow drohte, sei viel größer gewesen, als Kerenski öffentlich zeigte. Aber sein zwar gewagtes, aber nicht unlluges Manöver, rettete ihn und die einstweilige Regierung. Nachdem er sich die Hilfe der Sowjets gesichert hatte, unterwarf er sich — **scheinbar** — den Bolschewiki (den linksstehenden Sozialisten). Er verfügte die sofortige Einstellung aller Verfahren wegen der Julikunruhen und ließ die gefangenen Führer der Bolschewiki frei, die sofort in den Arbeiterrat wieder eintraten. Er rief außerdem sogar die Kronstädter Marinetruppen zu Hilfe, indem er den Kronstädter Soldatenabgeordneten das Stimmrecht im Petersburger Arbeiterrat einräumen ließ. Die Marinesoldaten kamen auf dem Kreuzer Aurora an und übernahmen die Wache vor allen Regierungsgebäuden. Unter dem Drucke der Bolschewiki wurde in der Sitzung des Arbeiterrats darauf die Friedensresolution angenommen. Kaum hatte jedoch Kerenski die Uebermacht, als er wiederum von den Bolschewiki abzurücken begann. Er veränderte die Zusammensetzung des Arbeiterrats, so daß er wiederum eine Menschewistische Mehrheit (Mehrheit des rechten Flügels) hat, auf die er sich zu stützen gedenkt. Wie mit ihm nun die neue Taktik gelingt, wird sich bald zeigen. Die Verkündung der Republik mit Kerenski als Präsidenten, was er zwar noch nicht formell, aber doch tatsächlich ist, leiht ihm eine Machtfülle, die zunächst nicht so leicht zerstört werden kann."

Ein Erlaß Kerenskis dankt den anläßlich des Aufstandes Kornilows gebildeten öffentlichen Wohlfahrtsausschüssen für die Dienste und fordert sie auf, ihre Tätigkeit einzustellen und sich aufzulösen, da die aufständische Bewegung vollkommen erledigt sei. Er verfügt ferner, daß alle nicht ermächtigten Personen sich aller Handlungen zu enthalten haben, wofür die ausschließlich gesetzlich eingesetzten Gerichte zuständig seien. Diejenigen, die sich in jener Hinsicht vergehen, würden wegen angemaßter Rechte streng bestraft werden.

Kornilow. Petersburg, 18. September. (Reuter.) Aus Mohilew wird telegraphiert, daß Kornilow mit 23 Generalen und Offizieren durch den Generalstabschef Alexejew verhaftet und in ein Hotel, das sehr streng bewacht wird, interniert worden ist. — Am Donnerstag wurden alle Truppen Kornilows an die Front geschickt. Die verhafteten Generale Denikin, Erdelli und Markow sind nach Petersburg gebracht.

Soldaten und Offiziere. Nach Reutermeldungen aus Helsingfors vom 17. 9. kam es in Wiborg zu einem Soldatenaufruhr, bei dem 22 Offiziere getötet wurden. 60 Offiziere sind verschwunden. — Brussilow soll festgestellt haben, man müsse zugeben, daß die russischen Armeen, von wenigen disziplinierten Regimentern und Bataillonen abgesehen, nicht mehr existierten. Eine politisierende Armee bleibe kampfunfähig.

Politische Uebersicht.

Ein Kapitel zur Neuorientierung.

Die Handelskammer in Chemnitz versandte unter dem 13. September nachstehendes dringliche Schreiben:

Handelskammer zu Chemnitz. Dringlich!

Betr.: Ausweispflicht für Inlandsreisen mit Uebernachten.

Die Einführung einer allgemeinen Ausweispflicht auf allen Inlandsreisen für solche Reisende, die zu übernachten beabsichtigen, wird zuständigenorts in Erwägung gezogen. Es handelt sich hierbei um eine Maßnahme, die, wenn sie durchgeführt werden sollte, nicht nur während des Krieges, sondern auch später im Frieden bestehen bleiben und in erster Reihe der Abwehr feindlicher Ausfundschaftung dienen würde.

Die Handelskammer Chemnitz hat zu der Angelegenheit bereits am 11. August d. J. auf eine Anfrage des stellvertretenden Generalkommandos Leipzig Stellung genommen. (Die Handelskammer hat eine zustimmende Antwort gegeben. D. R.) Im Gegensatz hierzu sind von der Handelskammer Dresden erhebliche Bedenken geltend gemacht worden. Dem Kgl. Ministerium des Innern liegt daran, zu erfahren, ob diese Bedenken von den übrigen Handelskammern des Landes geteilt werden und ob insbesondere auch die in der in Aussicht genommenen Maßnahme stark betroffenen reisenden Kaufleute die Ausweispflicht als geschäftlich nachteilig empfinden würden. Die Handelskammer ersucht dann, sich gutachtlich zur Sache zu äußern.

Chemnitz, 13. September 1917.

Die Handelskammer.

Dieses Schreiben läßt uns einen tiefen Einblick tun in die Art, wie manche sich die Neuorientierung vorstellen. Soll das vielleicht der Zug zur Freiheit und Demokratie sein, daß man das Volk unter die schikanöse Kontrolle des vom vorrevolutionären Rußland des Zaren her berüchtigten Inlandspasses stellt? Heißt es doch im ersten Gutachten der Chemnitzer Handelskammer: „Insbesondere könnte z. B. ein Ausweis ohne Lichtbild (Photographie dem zu erstrebenden Zweck nicht genügen — und weiter — sollte die Auferlegung des allgemeinen Reiseausweiszwanges Beschluß werden, so wäre ein solcher Ausweis zum mindestens für alle diejenigen Reisenden einzuführen, auf denen die Reisenden — wenn auch nur einmal — außerhalb des Wohnsitzes übernachten, wo sie polizeilich angemeldet sind."

Und in die Friedenszeit soll diese Einrichtung übernommen werden, die „in erster Reihe der Abwehr feindlicher Ausfundschaftung dienen würde". Wozu soll sie aber weiterhin

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-17067526219170919-17/fragment/page=0002

dienen? Eine solche Maßregel wäre, besonders im Frieden, ein nicht zu billigendes Attentat auf die allgemeine gesetzlich gewährleistete Freizügigkeit!

Kleine politische Nachrichten.

Sozialistische Kundgebung gegen die schwedische Regierung. Stockholm, 17. September. Die gestern veranstaltete Sozialistenkundgebung, an der sich 10 000 bis 15 000 Personen beteiligten, nahm nach einer Rede Brantings und sieben anderen Kandidaten für die Stockholmer Wahlen eine Entschließung an, die den Rücktritt der Regierung fordert. Stockholms Dagbladet bezeichnet im heutigen Leitartikel Branting als einen Waffenträger der Entente, da er in seiner Rede geäußert habe „Wir wollen, daß die Regierung die Konsequenzen aus dem Vorgefallenen, d. h. der Telegrammaffäre, ziehe und sich zurückziehe." Dies kann, fügt das Blatt hinzu, nicht anders bezeichnet werden, denn als offenbare Forderung eines schwedischen Ministerwechsels, als direkte Folge eines ausländischen Druckes.

Ums tägliche Brot.

Zum Absatzverbot für Obstkonserven.

Die Kriegsgesellschaft für Obstkonserven und Marmeladen gibt folgendes bekannt:

Infolge der neuen Fassung des § 8 der Verordnung über die Verarbeitung von Obst vom 5. August 1916 erstreckt sich das Absatzverbot für Obstkonserven nicht nur auf solche Hersteller, deren Erzeugung im Jahre mehr als 100 Doppelzentner beträgt, sondern auf sämtliche gewerbsmäßige Hersteller von Obstkonserven, sowie auf solche nichtgewerbsmäßige Hersteller, die im Jahre mehr als 20 Doppelzentner herstellen. Als Obstkonserven gelten: Kompottfrüchte, Dinnitobst, Obsmus, Obstmark, Belegfrüchte, kandierte Früchte, Gelees, Fruchtsäfte, Fruchtsirup, Obstkraut, Dörrobst und Marmeladen, die aus Obst oder unter Zusatz von Obst oder Fruchtsäften hergestellt sind. Die genannten Hersteller unterstehen daher sämtlich der Aufsicht der Kriegsgesellschaft für Obstkonserven und Marmeladen, Berlin SW. 68, Kochstraße 6. Sie werden aufgefordert, ihren Betrieb und ihre vorhandenen Vorräte bei der genannten Gesellschaft umgehend anzumelden.

Aus der Partei.

Wieder ein Einigungswunsch.

Der Sozialdemokratische Verein in Mülhausen im Elsaß stellt den Antrag an den Parteitag in Würzburg, eine Sonderkommission von sieben Personen zu wählen, welche durch Verhandlungen mit der Unabhängigen Sozialdemokratischen Partei die Bedingungen für eine Wiedervereinigung festzustellen hat. Dem nächsten Parteitag ist Bericht zu erstatten, eventuell sind Einigungsvorschläge vorzulegen."

Diese Wünsche werden noch stärker werden, je mehr die Abhängigen merken, daß die Arbeiterklasse für ihre Kriegspolitik jedes Verständnis verloren hat. Haben wir erst wieder Preß- und Redefreiheit, so werden sie erfahren, daß sie die Proletarier endgültig verloren haben — wenn sie nicht wieder zur grundsätzlichen sozialdemokratischen Klassenkampftaktik zurückkehren. Und um diesen sachlichen Punkt handelt es sich ganz allein. Alle Wiedervereinigungswünsche haben keinen Pfifferling wert, solange die Abhängigen bei ihrer Kriegspolitik verharren. Und diese „Politik des vierten August" wollen sie nicht etwa als Irrweg eingestehen und verlassen — ganz im Gegenteil: sie wollen sie weiter entwickeln, wollen auf ihr das ganze (luftige) Gebäude ihrer ferneren „Reformpolitik" aufbauen. Zu diesem Zwecke ließen sie ja die sozialistisch-proletarische Politik draußen in den Massen fallen und verlegten sich ausschließlich auf Verhandeln im Parlament. Da mußten sie sich natürlich mit anderen Parteien verbinden, um den „Block" herzustellen, der des sogenannte parlamentarische Regiment erkämpfen — soll. Zentrum und Fortschrittler erweckten für einige Minuten den Eindruck, als würden auch sie für „Parlamentarisierung" sein, flugs kam der Block zustande. Scheidemann und der Vorwärts versicherten immerfort, daß das parlamentarische Regiment auf diesem Wege jetzt, morgen, übermorgen sicher, ganz sicher komme — worauf nun alle Welt wartet. „Kommt" es, so ist die erste Voraussetzung, daß die Blockparteien den Reichskanzler und die Ministerposten übernehmen, denn sonst wäre es ja keine parlamentarische Regierung. Also bilden Beiträge Regierungssozialisten, Zentrümler und Fortschrittler die neue Regierung. Oder nicht? Ja, anders geht es doch nicht, wenn man eben mit den bürgerlich-kapitalistischen Parteien zusammen parlamentarisches Regiment spielen will. Freilich: so weit ist man ja leider noch nicht. Das ist der Schmerz, das ist der kleine Haken. Zentrum und Fortschrittler müssen erst noch beweisen, daß sie auch so etwas wollen wie Parlamentsregierung. Diesen sollen Feigen tragen, wobei noch angenommen ist, daß diese Feigen überhaupt genießbar wären. — Nun fragen die Arbeiter, wo diese Taktik die Regierungssozialisten noch hinführen wird. Auf ihrem nächsten Parteitag sollten sie darüber etwas andeuten. Ob das geschehen wird, steht sehr dahin. Aber das wäre die Vorfrage für diejenigen, die da die Wiedervereinigung mit den Unabhängigen beantragen. Sie müßten ihre Partei erst aus den Fesseln der Kriegstaktik und der bürgerlich-kapitalistischen sogenannten Reformpolitik lösen, ehe Wiedervereinigungsversuche mit der proletarischen Sozialistenpartei besprochen werden sollten. Die Unabhängigen sind geblieben, was die Gesamtpartei — die Sozialdemokratie — vor dem Kriege war. Wollen sich die Abgeschwenkten auch wieder dahin zurückfinden, so ist das zunächst ihre Sache. Es ist wichtig, daß das den Antragstellern in Mülhausen gesagt wird.

Fidele Mitgliederzahlen.

In einem langschweifigen Drumherum-Gerede wendet sich die Breslauer Volkswacht auch gegen die auch im Volksblatt enthaltene Mitteilung der Parteileitung der U. S. P. D., wonach die Zahl der beitragzahlenden Mitglieder der Unabhängigen Sozialdemokratischen Partei jetzt über 120 000 beträgt. Wahrscheinlich nach Anleitung und Erfahrung in den eigenen Reihen kommt das regierungssozialistische Blatt auf den Gedanken, wir würden „sehr in Verlegenheit kommen, wenn man im einzelnen von Ort zu Ort nachweisen sollte, wo sich diese 120 000 befinden; sie sind nur auf dem Papier vorhanden". Und dann heißt es weiter: „Nehmen wir aber einmal an, die unrichtige Zahl wäre richtig, so sagt doch das Blatt im selben Atemzuge, daß die Bezirke Groß-Berlin, Leipzig, Frankfurt a. M., Ostpreußen, Niederrhein, Braunschweig, Halle, Erfurt und Groß-Thüringen, geschlossen oder fast geschlossen zu den Unabhängigen übergetreten seien. Nun — diese Bezirke hatten vor dem Kriege über 360 000 Mitglieder, es wären also nur 33 Prozent davon übrig, wenn die U. S. P. im ganzen übrigen Lande nichts hätte."

Diese Ueberschlauheit der Breslauerin können wir mit ihrer eigenen Feststellung schlagen, daß der Bericht ihres eigenen Parteivorstandes den zahlenmäßigen Rückgang auf 75 Prozent bemißt, der genau dem Prozentsatz der Einziehungen entspräche! Also diese 75 Prozent auf Groß-Berlin angewandt, ergibt einen Kriegsbestand von 90 000 Mitgliedern, von denen die Abhängigen sich selbst rühmen, ganze 6000 zu den ihren zählen zu dürfen. — dann blieben also für die Unabhängigen in Groß-Berlin 84 000 Mitglieder nach dreijähriger Kriegsdauer! Immer wieder muß aber dem Breslauer und ähnlichen Manövern gegenüber festgestellt werden, daß die Zahl von 243 000 Mitgliedern der Abhängigen für den 31. März dieses Jahres angegeben wird. Wie hochist sie jetzt? Jetzt nach Gotha, wo erst die Bezirke Halle und fast alle andern aus der alten Partei austraten! Die gesamten Genossen und Genossinnen des Bezirks Halle z. B. sind noch von der Scheidemann-Partei mitgezählt worden, denn wir waren am 31. März noch bei ihr. Ja, ja, die 243 000 ist eine lustige Zahl. Eine Antwort auf die Frage, warum man nicht den gegenwärtigen Mitgliederstand angibt, wird aber nicht erfolgen, weil sie den Mitgliederschwund der Regierungssozialisten nackt zeigen müßte, d. h. einer Partei, die in den drei Kriegsjahren, von der Sonne behördlicher Gunst beschienen, im Felde und daheim ungestört agitieren durfte, — einer Partei, die sich außerdem im zum Teil widerrechtlichen Besitz der Parteipresse, Parteivermögen und Partei-Institutionen befindet.

Die Breslauerin rechnet — auf die Zukunft. Vermutlich berechnet sie sich dabei ebenso glatt wie bei obigem einfachen Gegenwarts-Exempel.

Gewerkschaftliches.

Die dänischen Eisenbahner vor dem Generalstreik.

Aus Kopenhagen wird gemeldet: Die drohende Massenkündigung dänischer Eisenbahner zum 1. Januar nimmt einen immer weiteren Umfang an. Den beiden Eisenbahnerverbänden schlossen sich die Post- und Telegraphenbeamten an, die gleichfalls mit der Kündigung drohen, falls die notwendigen Teuerungszulagen nicht bewilligt werden sollten. Nun bieten auch die schwedischen und die norwegischen Eisenbahner ihre Unterstützung an. Die Kündigung wird perfekt, falls dreiviertel der Mitglieder der Eisenbahnverbände dafür stimmen. Die Abstimmung, die bereits begonnen hat, wird noch einige Tage beanspruchen. Mit großer Wahrscheinlichkeit kann mit dem Einlenken der Regierung gerechnet werden, da sonst das gesamte dänische Verkehrsleben stocken würde.

Streiks in Amerika.

Die Central News melden: Am Montag sind 25 000 Werftarbeiter an der pazifischen Küste in den Ausstand getreten. Fünfzehn Prozent der streikenden Arbeiter werden beim Bau von Kriegsschiffen verwendet. Die Ausständigen verlangen eine 50 prozentige Lohnerhöhung.

Die argentinische Regierung bot ihre Vermittlung bei dem drohenden Generalstreik an, aber die Gewerkschaften lehnten sie ohne Angabe von Gründen rundweg ab. Der ganze Verkehr an der Central-Cordoba-Bahn hat aufgehört. Die Telegraphenlinien sind durchgeschnitten.

Raum- und Gewichtsmaße im Schiffswesen.

Der Zeitungsleser stößt in den Meldungen über U-Boot-Erfolge sehr oft auf scheinbare Widersprüche. Er liest beispielsweise, daß ein deutsches U-Boot aus einem Geleitzug einen Frachtdampfer von 3000 Tonnen herausgeschossen hat, der 5000 Tonnen Weizen geladen hatte. Von den begleitenden Kriegsschiffen verfolgt, gelang es demselben Tauchboot, einen kleinen geschützten Kreuzer der X-Klasse durch einen wohlgezielten Torpedoschuß zu versenken. Letzterer hatte eine Wasserverdrängung von 6000 Tonnen.

Da der Laie aus diesen Größenangaben keinen rechten Sinn herauslesen kann, so wird er sich fragen: Was ist eine Schiffstonne, oder was ist im einzelnen Fall unter der Bezeichnung Tonne zu verstehen? Bekanntlich nennt man ein Gewicht von 1000 Kilogramm eine Tonne. Ein Eisenbahnwagen, der mit 15 000 Kilogramm Eisen beladen werden soll, muß eine Tragfähigkeit von 15 Tonnen besitzen, ob er dieses Quantum aber auch räumlich in sich aufnehmen kann, geht aus der Angabe seines Rauminhaltes in Kubikmetern hervor. Bei Schiffen hat man nur eine Bezeichnung für beides, der Ausdruck Tonne wird also als Gewichts- wie als Rauminhalt verwendet. Dies ergibt oft kleine Mißverständnisse, die sich aber sofort aufklären, wenn wir uns im einzelnen Fall überlegen, was in Frage kommt: der Rauminhalt eines Schiffes, d. h. sein Fassungsvermögen, oder sein Tragvermögen resp. seine Wasserverdrängung.

Ganz einfach liegt die Sache bei Kriegsschiffen. Da diese nicht den Zweck haben, Handelsware aufzunehmen, kommt ihr Raumgehalt nicht weiter in Betracht, ihre Größe wird also nach dem Gewicht bestimmt. Ein schwimmendes Schiff verdrängt gewöhnlich genau so viel Wasser, als es selbst wiegt. Deshalb sagt man auch, daß ein Schiff von 20 000 Tonnen eine Wasserverdrängung oder ein Deplacement von 20 000 Tonnen habe, da eine Tonne Seewasser zirka 1000 Kilogramm wiegt. Hier ist die Bezeichnung Tonne im üblichen Sinne als Gewichtsmaß gebraucht, und das erklärt zugleich, warum Kriegsschiffe meist eine höhere Tonnenzahl aufweisen, da diese schwimmenden Festungen eine recht hohe Last von Stahl und Eisen mit sich schleppen.

Während es sich also bei Kriegsschiffen nur um Gewichtstonnen handeln kann, da ihr Rauminhalt kaum von Bedeutung ist, tritt nun wieder bei Handels- und Passagierschiffen das räumliche Moment oder das Fassungsvermögen in den Vordergrund. Wiewohl man dieses ebensogut in Kubikmetern ausdrücken könnte, hat sich doch die im internationalen Seeverkehr eingebürgerte englische Bezeichnung der Raumeinheit als Registertonne bis heute erhalten. Ein Schiff also, das der Beförderung von Waren oder Passagieren dient, wird, je nachdem es mehr oder weniger stark beladen ist, eine ganz verschiedene Wasserverdrängung haben, dagegen ist es wichtig, die Größe des Schiffsraumes zu messen, um daraus die Ladefähigkeit eines Schiffes zu erkennen. In früheren Zeiten berechnete man den Schiffsraum nach der Anzahl der Weinfässer der Tonnen, die man in ihm unterbringen konnte, daher rührt die Bezeichnung Tonne. Nun ist ja klar, daß man nicht den gesamten Hohlraum eines Schiffes zu Ladezwecken verwenden kann. Ein Teil des inneren Schiffes sich nur ganz selten genau wird feststellen lassen.

Die Ladefähigkeit eines Schiffes ist keineswegs gleichbedeutend mit seiner Tragfähigkeit. Ein Frachtdampfer von 2000 Nettoregistertonnen kann also sehr wohl eine Kohlenladung von 4000 Tonnen an Bord haben, denn das bedeutet nichts anderes, als daß in einem Schiffsraum von 5666 Kubikmetern (1 Registertonne = 2,833 Kubikmetern) 40 000 Doppelzentner Kohlen lagern. Im allgemeinen wird ein Frachtschiff etwa doppelt soviel Gewichtstonnen aufnehmen können, als sein Laderaum Registertonnen faßt. Bei sehr leichten Frachtgütern dürfte das Verhältnis noch günstiger sein, während bei sehr schweren Ladungen der verfügbare Schiffsraum nur zum Teil ausgenutzt werden kann, weil der größte zulässige Tiefgang vorher erreicht wird.

Zusammenfassend ergibt sich, daß die Größe eines Schiffes, wenn es Kriegszwecken dient, nach seinem Gewicht oder seiner Wasserverdrängung in Gewichtstonnen ausgedrückt wird. Sind Handels- oder Passagierdampfer gemeint, so wird ihre Größe meist nach Raumtonnen (Brutto- oder Nettoregistertonnen) bemessen, während ihre Ladung natürlich nach dem Gewicht in Gewichtstonnen bestimmt wird.

Allerlei.

Ein See mit dreierlei Wasser.

Der Mo-Fjord bei Mo nördlich von Bergen dürfte zu den seltensten Naturerscheinungen gehören, da er neben Süßwasser und Salzwasser auch schwefelwasserstoffhaltiges Wasser enthält. Landschaftlich von großer Schönheit bildet der Mo-Fjord das innere Ende eines der vielen Fjorde. Wie Dr. Frank in der Allgem. Fischerei-Zeitung mitteilt, trennt ein Moränenzug den langgestreckten Gebirgssee von den übrigen Teilen des Fjords derart, daß die Verbindung nur durch einen schmalen Wasserstreifen hergestellt wird. Nun führt ein Bach vom Dorfe Mo her dem See Süßwasser zu, während Ebbe und Flut wieder Meerwasser eindringen lassen. Da das Salzwasser das schwerere ist, so wird es naturgemäß vom Süßwasser überschichtet. Jede dieser beiden Schichten hat ihre eigene Lebewelt, die obere Süßwasserfauna, die untere Seefauna, Schlangensterne und andere Meeresbewohner. In jeder dieser Schichten fühlen sich die Bewohner wohl, nur die Grenzschicht wird ihnen zum Verhängnis. Hier können sie nicht leben, sterben ab und sinken zu Boden. Sie sammeln sich im Bodenschlamm zahlreiche verwesende Körper an: es bildet sich dann reichlich Schwefelwasserstoff, in dem Bakterien die einzigen Lebewesen sind. Beim Fischen im Mo-Fjord kann man mit der Angel aus geringen Tiefen Süßwasserfische, aus größeren Tiefen Seefische herauf bringen, dann folgt die Zone des Todes, die Schwefelwasserstoffzone.

Die französische Ernte.

Der Matin vom 11. September schreibt: Wenn man in Frankreich herumreist, so ist es immer dieselbe Antwort, die man in den ländlichen Gegenden erhält: Die Ernte ist noch schlimmer, als man dachte. Man muß leider zustimmen, und es ist die Wahrheit: die Aehre wiegt nicht, und ihr Mehlgehalt ist sehr gering, alles wegen des strengen Winters, des nassen Sommers, der mangelnden Bodenbearbeitung und der Seltenheit an Düngemitteln. Eine Tatsache beherrscht alle anderen: die Ernte, die man noch vor einem Monat auf 40 bis 50 Millionen Zentner schätzte, wird 35, allerhöchstens 36 Millionen Zentner erreichen. Im letzten Jahre erreichte unser Bedarf fast 25 Millionen Zentner. (B. T. B.)

Gewaltiger Wirbelsturm in China. Aus Amoy in China wird über einen schweren Taifun berichtet, der die Küste Chinas in dieser Gegend heimsuchte. In dem gewaltigen Sturm sind zwei japanische Dampfer untergegangen.

Grubenunglück. Auf dem Hohenlohe-Schacht in Sosnitza bei Hindenburg ging die Verbindungsstrecke zwischen beiden Schächten zu Bruche. Zwei Schachtaufseher und ein Häuer wurden getötet, drei weitere Häuer schwer verletzt.

Ein erbauliches Stückchen vom Bureaukratismus weiß die Schwäbische Tagwacht zu berichten: Ein Stuttgarter Feldgrauer kämpft zurzeit in Rumänien. Er schreibt seiner Mutter dringend, man möge ihm einige Fußlappen senden, da er alles mit der Bagage verloren habe. Die Mutter begibt sich auf die zuständige Bekleidungsstelle, um etwas für Fußlappen durch Bezugsscheine kaufen zu können. Der Herr Ehrenamtliche verweigert dies glatt unter dem geistreichen Hinweis, daß der Sohn sich nach Bayern wenden müsse, da er in einem bayerischen Regiment diene? Auf den Vorhalt, daß die Angehörigen hier wohnen, läßt sich der Herr herbei, der Mutter anheimzustellen, ein von ihm auszustellendes Formular an den Sohn zu schicken, welcher es sich vom Regimentskommando beglaubigen und wieder hersenden solle. Der Stab des Regiments liegt am Stochod, die abgesonderte Abteilung des Sohnes kämpft am Sereth. Alle diese Hinweise genügen dem Bureaukraten nicht. Ob der draußen kämpfende Mann Fußlappen bekommt, ist ganz egal, die Hauptsache bleibt, daß der Herr Ehrenamtliche nicht aus seinem Horizont herauszugehen braucht. Es könnte ja etwas Ungeheuerliches geschehen. — Und wenn der Weltkrieg alles mit Stumpf und Stiel verschlingen sollte — den Bureaukratismus würde er doch nicht ausgrotten vermögen!

Wegen Getreideschiebungen verhaftet wurden der Verwalter der Leibitscher Mühle bei Thorn, zwei Eisenbahnbeamte und ein fremder Kaufmann, der sich als Leutnant a. D. einführte. Die Verhafteten sollen einige hundert Zentner Getreide, die der Mühle von Fiskus zum Ausmahlen überwiesen waren, veruntreut haben.

Mißglückte Mehlhamsterei. Ein Berliner Kurgast in Kissingen, der mit Hilfe eines Badergehilfen 90 Pfund Mehl für 300 Mk. gekauft hatte, wurde vom Amtsgericht zu 2000 Mk. Geldstrafe verurteilt. Der Badergehilfe erhielt eine Geldstrafe von 150 Mk.

Die neue Kriegsanleihe

muß

erfolgreich sein — sonst ermutigen wir England weiterzukämpfen! — Sie

kann

erfolgreich sein — denn es ist Geld genug im Lande! — Und sie

wird

erfolgreich sein — wenn jeder handelt, als ob von ihm allein alles abhinge!

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-17067526219170919-17/fragment/page=0003

Walhalla-Theater.

8 Uhr. 1941

Der Schlager vom Berliner Metropol-Theater.

„Die Czardasfürstin".

Operette in 3 Akten von Emerich Kálmán.

Sylva Varescu . . . . . Frau Paula Dereani a. G.
Graf Boni . . . . . Herr Direktor Dodak.
Fürst Edwin . . . . . Herr Camillo Hammes
vom Stadttheater in Nürnberg als Gast.
Komtesse Stasi . . . . . Fräulein Tilde Ziemann.

Hauptgesänge:
Mädels gibt es wunderfeine!
Das ist die Liebe, die dumme Liebe!
Jo, Mama Bruderchen, ich kauf mir die Welt!
Ganz ohne Weiber geht die Chose nicht!
Tausend kleine Engel singen, hab' Euch lieb!
Die Mädis, die Mädis vom Chantant!

Tageskasse von 10—1½ u. 4—6.

Neu! Neu! 1931

Eine feine Torte und anderes Gebäck

Konditorei u. Kaffee
Kurt Knäusel

Täglich Prof.-Konzert. Sonntags ab 4 Uhr

Halle, Rannische Str. 7. Tel. 4170

Partei-Schriften empfiehlt die **Volks-Buchhandlung.**

Alte Promenade 11a — Fernspr. 5738.

U.T.

Leipzigerstrasse 88 — Fernspr. 1224.

Stuart Webbs

16. Abenteuer:

„Die Pagode".

1943 — 5 Akte. —

Vorführung: 4.30, 6.40, 9.10.

„Das Hochzeits-Geschenk"
Reizendes Lustspiel.

Bad Ems, Herrl. Naturaufnahme.

Der Liebling der Hallenser

Henny Porten

in **„Gefangene Seele".**

Drama in 4 Akten.

Vorführung: 4.50, 6.50, 9.20.

Benjamin der Schüchterne.
Erstklassiges Lustspiel.

Straußenzucht.
Interessante Aufnahme.

In beiden Theatern:
Die neuesten Kriegsberichte.

Apollo-Theater.

Täglich, abends 8 Uhr:

„Man lebt ja nur einmal!"

Operettenposse in 3 Akten von Walter Gericke. 1934
Musik von M. Schmidt und A. Sommerfeld.

Musikschlager:
„Wenn ein Weib den Walzer hört!"
„Zip, Zip, ich hab' Dich lieb!"
„Hurra, die Kavallerie ist da!"
„Ach Du mein Mädel, wie bin ich Dir gut!"
„Wir Hunnen und Barbaren!"
„In zauberisch' stiller Sommernacht!"

Tagesverkauf geöffnet 9—1 und 5—½7 Uhr.

Zahn-Atelier Frau v. Schulz
Sprechstunde v. 9—4 Uhr abends.
Steinweg 52. 1068

Johannes Thurm

Morgen, Donnerstag vormittag: 1939

Nr. 1201 bis 1700.

Sozialdemokr. Verein für Halle und den Saalkreis.

(Gegründet am 19. April 1889.) (Gegründet am 19. April 1889.)

Donnerstag, den 20. September, abends 8 Uhr
im „Volkspark", Burgstraße 27:

Mitglieder-Versammlung.

Tagesordnung:

1. **Bericht der Stadtverordneten über ihre Tätigkeit.**
   Referenten: Stadtverordnete Hennig und Osterburg.
2. **Vereins-Angelegenheiten.**

Einem recht zahlreichen Besuche der Mitglieder sieht entgegen

1925 **Der Vorstand.**

Stadt-Theater Halle
Direktion: **Leopold Sachse.**
Donnerstag, den 20. Septbr. 1917:
Moral.
Komödie in drei Aufzügen von Ludwig Thoma.
Freitag, den 21. September 1917:
1937 **Tiefland.**

Pelze!
Mit Beginn der Saison empfehle ich mein
reichhalt. Pelzlager
Garnituren und einzelne Stücke
in Skunks, Marder, Nerz, Iltis, Fuchs usw. usw.
moderne — vornehme Kürschnerarbeit, in einfachster wie elegantester Ausführung.
Pelzcapes die grosse Mode —
Bitte besichtigen Sie mein reichhaltiges Lager ohne Kaufzwang. Aufmerksamste, vornehme Bedienung. *944
Pelzhaus Rosenberg
Spezial-Eingangsgeschäft
Gr. Ulrichstr. 6/8
im Hause der Firma W. F. W. Wollmer.

Herren- und Knaben-Anzüge, 1935
Paletots — Joppen — Ulster — Beinkleider.
Gute Qualitäten. — Schöne Passform. — Vorteilhafte Preise.
Im Kaufhaus H. Elkan, Leipzigerstraße 87.

1942 Empfehle täglich frisch eintreffend:
Spinat . . . . . 1 Pfund **20** Pf.
Mohrrüben . . . . 2 „ **25** Pf.
Reife Aepfel 1 Pfd. **40, 55** u. **65** Pf.
Steinweg 32. Wilhelm Reichert, Geiststraße 21.

H. Quandt, Roßschlächterei. 1940

Donnerstag vorm.: Nr. 1601 — 1900.

Kauft das gute

zu haben:
in den durch Plakate kenntlich gemachten Verkaufsstellen in allen Teilen der Stadt
Dampf-Brotfabrik Halle %/S.
Röglerstr. 12. Fernspr. 1011 1061

Bettnässen. *1006
Befreiung sofort. Alter u. Geschlecht angeben. Auskunft umsonst. „Saals-Versand", München, Landwehrstr. 44.

Lumpen, Knochen, Eisen, 1062 Metalle, Papier kauft **Albert Bode jun.,** Große Klausstr. 22.

10% Rabatt
*1035 gewähre ich
nur noch bis 1. Oktober
auf bekannt gegebene Artikel.
Schwanen-Drogerie, Leipzigerstr.

Aerztl. Belehrungen für junge Männer
über voreheliche Fragen und Gefahren und die Hygiene der Ehe. Preisschrift d. Verb. der Vereine für Geschlechtskr. Von Dr. med. F. Müller. Für M. 1.40, Nachnahme M. 1.55 vom **Hausarzt-Verlag, Berlin-Steglitz 31.** *1058

Praktischer Wegweiser
empfehlenswerter Einkaufsquellen

Bitterfeld
R. Richter, Kaiserstr. 1b Uhren, Goldwaren, Optik Reparaturwerkstatt.
A. Ribbel Kolonialwaren Innere Bismarckst. 40
Oswald Sucher, Kaiserstr. 8 Schleifzeug, Schleifer Stahlwaren.
L. Trabitzsch Cigarr., Cigaretts. Kaiserstr. 58.
Delitzsch
E. Preller, Manufakturwaren.
W. Nieseler Kinderwag. 50% Korbwaren
Eisleben
Eisleber Aktienbierbrauerei Eisleben
empfiehlt ihre ff. Biere und alkoholfreien Getränke.
Merseburg
Th. Ehert Entenplan 15, Mechaniker, Optiker

Hettstedt
S. Rosenberg
Konfektion und Manufakturwaren
Sangerhausen
Herm. Bader
Apoth. Sangerhausen gegr. 1668 Lieferant für alle Krankenkassen Allopathie u. Homöopathie. Verbandstoffe, Drogen, Chemikalien.
Torgau
Kolonial- und Eisenwaren Farben und Sämereien kauft man sehr günstig bei
Herm. Leibnitz
Wittenberg
Aug. Linke Hüte Mützen, Pelz- u. Filzwaren.
Zahna
H. Hartmann, Kolonial-, Eisen-, Kurzwaren, Werkzeuge.

Amtliche Bekanntmachungen.

Obstverkauf in der Talamtschule.

Der Verkauf des der Stadt überwiesenen Obstes wird am Donnerstag den 20. September 1917 fortgesetzt.

Zugelassen zum Einkauf werden die Nummern der Lebensmittelscheine 81 501 — 89 000 vorm. von 8—12 Uhr und die Nummern 39001 — 45500 nachmittags von 2—6 Uhr. Abgegeben werden auf den Kopf eines Haushaltes zwei Pfund. Da vorher nicht zu bestimmen ist, welche Sorten Obst und zu welchem Preise es abgegeben werden kann, werden die Preise auf der Tafel in der Talamtschule vermerkt.

Halle, den 19. September 1917. **Der Magistrat.**

Diejenigen Haushaltungen, welche die in den Marken-Ausgabestellen ausgegebenen **Bestellscheine auf Winterkartoffeln noch nicht abgegeben haben,** werden hiermit aufgefordert, die ausgefüllten Vordrucke **sofort im Stadt-Ernährungsamt, Marktplatz 22, 1. Obergeschoß (Gang links)** unter Vorlage des Lebensmittelscheines zurückzugeben. Die nicht rechtzeitige Ablieferung hat Verzögerung in der Kartoffellieferung zur Folge.

An Kartoffelhändler oder Landwirte sind die Bestellscheine **nicht** abzugeben.

Halle, den 19. September 1917. **Der Magistrat.**

Auf Grund des § 6, Ziffer 1 der Verordnung des Bundesrates über die Errichtung von Preisprüfungsstellen und die Versorgungsregelung vom 25 September und 4. November 1915 (R.-G.-Bl., S. 607 und 728) wird folgendes angeordnet:

§ 1. Alle Unternehmer oder Leiter von Betrieben in Halle, in denen Milch erzeugt wird, ferner alle Personen, welche Milch im Handel oder gemeinnützig abgeben, werden hiermit aufgefordert, bis Freitag den 21. September anzugeben, wieviel Milch sie an den einzelnen Tagen vom 10. bis 16. September an Verbraucher abgegeben haben, ferner wieviel Milch sie an diesen Tagen bezogen haben und von wem.

Für die Anmeldungen werden im Stadt-Ernährungsamte (Marktplatz 22, Zimmer 35) Vordrucke ausgegeben.

§ 2. Die Milchabgeber in Halle haben zugleich mit der Anmeldung gemäß § 10 der Verordnung des Magistrats vom 10. Nov anzugeben, wieviele Kunden bei ihnen angemeldet sind, wie groß die Milchmenge ist, welche an die Kunden abgeliefert werden soll, und welche Mengen tatsächlich an die Kunden geliefert worden sind. Alle diese Angaben sind getrennt für Inhaber von Vollmilchkarten und Gelegenheitskarten zu machen.

§ 3. Wer die Anmeldung unterläßt, wissentlich unrichtige oder unvollständige Angaben macht, wird gemäß § 17 der oben genannten Verordnung des Bundesrats mit Gefängnis bis zu 6 Monaten oder an Geld bis 1500 Mark bestraft.

Halle, den 15. September 1917. **Der Magistrat.**

Arbeitsmarkt

Blechschlosser und Schweisser
stellt ein 1911
Maschinenfabrik Vondran,
Königstrasse 58.

Garten-Arbeiter,
Kutscher, Hausdiener, Laufburschen, Fabrik- und sonstige Arbeiter aller Art
*1037 werden dauernd in großer Zahl gesucht.
Städtisches Arbeitsamt, Salzgrafenstr. 2.

Schlosser, Dreher,
ältere, zuverlässige Arbeiter für kleine Werkstatt **gesucht.**
Ingenieur Kuno Fischer,
Berliner Str. 5. 1991

Klavier-, Violin-, Mandolin- und Gitarre-Unterricht erteilt
1064 **Wally May,** Torstraße 49.

Schöne, ger. Wohnung, St., 2 K. u. Zubehör, Umst. halber 1. 10. od. sp. z. verm. Pr. 150 ℳ. Auf. **O. Schubert,** Böllbergerweg 66, 3 Tr. 1932

Klapp-Sportwagen m. Verd., verstellb. Kinderstuhl, gut erhalt., billig zu verkaufen 1933
O. Schubert, Böllbergerweg 66, 3 Treppen.

Neu! Neu! Neu!

Das Erbrecht.
Unter Berücksichtigung der Kriegsvorschriften.
Gemeinverständlich dargestellt von Justizrat Karl Meles.
Broschiert 1.50 Mk., geb. 2.25 Mk.
Porto 10 Pfg.
Zu beziehen durch die
Volksbuchhandlung, Harz 42/44.

Sendet 1291
abwaschbare Spielkarten
ins Feld und Lazarett. 1 Spiel, mit Goldecken 1.00 Mk.
Dauerwäsche-Verkauf
Kl. Berlin 2, 1 Tr. Ecke Sternstr.

Strickwolle und Lumpen
kauft 1068
A. Rein, Küntzsberg 5. Tel. 2409.

Familien-Nachrichten.

Danke.

Zurückgekehrt vom Grabe unseres lieben Vaters, Schwieger- und Großvaters, des

Geschirrführers August Rühm,

können wir es nicht unterlassen, allen denen, die seinen Sarg so reich mit Kränzen schmückten, unseren herzlichsten Dank zu sagen. Vor allem vielen Dank Herrn Pastor Butz für seine trostreichen Worte am Grabe. 1938

In tiefer Trauer:
Anna Hoffmann geb. **Rühm**
nebst Geschwistern.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-17067526219170919-17/fragment/page=0004

Halle und Saalkreis

Halle, den 19. September

In welche Schule schicken wir unsere Kinder?

Auf diese Frage antwortet der Zeitungsdienst des Deutschen Lehrervereins:

Selbstverständlich in die beste, die wir haben können. Doch stehen dem nicht vielfach starke Hindernisse entgegen? Ist nicht die beste Schule auch immer die teuerste? Mit Verlaub, nein, die beste Schule, die wir haben können, ist auch die billigste; sie kostet nämlich gar nichts. Oder doch, sie kostet — einen Entschluß, daß wir unsere Kinder nur dorthin schicken wollen; dann aber, und nur dann, wird sie auch die beste sein: die Volksschule, die bisher ihren schönen Namen, in Preußen wenigstens, mit Unrecht trägt. Aber so wenig wie der Geheimrat, der Bankier, der Offizier, der Professor, der Minister eine besondere Klasse bilden, die vom „Volke" völlig verschieden wäre, so wenig dürfte die Volksschule eine Schule für die Kinder der unbemittelten Kreise, der Arbeiter, Handwerker, kleinen Kaufleute, vorstellen, in die niemand, der es dazu haben kann, seine eigenen Kinder schickt. Die Forderung der gemeinsamen Elementarschule, der Volkseinheitsschule, ist ja längst gestellt worden; aber zu ihrer Verwirklichung reicht es nicht aus, daß der Staat in der Einrichtung der Volksschule den Grundsatz der Unentgeltlichkeit des Unterrichts, einschließlich der Lehrmittel, durchführt — damit gewinnt er Armenschulen, die weit davon entfernt sind, die besten Schulen zu sein. Es gehört dazu vor allem eine sittliche Umgestaltung unseres öffentlichen Bewußtseins, die den Satz der preußischen Verfassung: „Standesvorrechte finden nicht statt" in die Kinderwelt hineinträgt, und die die Selbstsucht einer Familie, welche ihre Kinder aus der Berührung mit anderen Volkskreisen absondern möchte, als einen Verrat an der Volksgemeinschaft empfindet. Wer seine Kinder in die Vorschule eines Gymnasiums, in eine Privatschule, in eine „höhere Mädchenschule" schickt, der erklärt damit durch die Tat, daß er der Verbesserung der gemeinsamen Volksschule keine Leilnahme entgegenbringt; er macht sich zum Vertreter der verwerflichen Ansicht: Was geht mich die große Menge an, wenn ich nur mein eigen Fleisch und Blut abseits in Sicherheit weiß, und doch handelt er unklug, weil eben seine Zurückhaltung es mit verhindert, daß durchgreifende Besserungen in der Volksbildung Platz greifen, daß also das Geschlecht, in dem seine eigenen Kinder leben müssen, in geistiger und sittlicher Beziehung höher steigt. So ist die Hebung der Volksschule ein Gegenstand, der jeden Bürger aufs tiefste angeht.

Allein, es ist geradezu auffallend, wie zäh die Menschen an Vorurteilen festhalten, mag deren Verkehrheit auch noch so oft bewiesen sein. Aber für das Gute gibt es glücklicherweise kein: zu spät! Nur anfangen muß einer. Es nützt nichts, zu sagen: Ich will gern meine Kinder in die Volksschule schicken, jedoch erst muß diese die beste sein. Nein, hier hilft nur der starrköpfige Entschluß des einzelnen: „Mögen andere Eltern tun, was sie verantworten können; meine Kinder sollen einmal zum Volk gehören — „nicht in dem Sinne niederen und gemeinen Pöbels, den wir gar nicht länger haben wollen, noch der für die deutschen Nationalangelegenheiten ferner ertragen werden kann" (Fichte) — also gehören sie in die Volksschule. Was ich tun kann, diese zu bessern, soll geschehen, und dazu gehört vor allem, daß mein Fleisch und Blut dort mit lerne, spiele, und, wenn es heute noch nicht anders geht, leide. Kinder sind nicht mein Spielzeug; sie sind auch nicht mein Eigentum, sondern sie haben ihre Aufgabe; mögen sie schon im jugendlichen Alter lernen, diese Aufgabe, Volksgenossen zu werden, zu erfüllen."

Ein Volk — eine Schule!

Kohlennot und Volksgesundheit.

Der Naturarzt schreibt darüber:

Die Kohlennot hat eine Reihe von Vorschlägen gezeitigt, die eine ernste Bedrohung der Volksgesundheit bedeuten. So ist auf einer Versammlung der Heizingenieure in Wiesbaden kürzlich der Vorschlag gemacht worden, dadurch Heizmaterial zu sparen, daß man die Zimmerlüftung durch ein Verbot, die Fenster zu öffnen, einschränke. Weiter sollen, nach Berliner Zeitungen, Erwägungen schweben, das Warmwasserbaden zu verbieten.

Wer die Zimmerlüftung durch Verbot des Fensteröffnens einschränken will, übersieht, daß die Ausscheidungen der Lunge und Haut die Zimmerluft in kurzer Zeit mit giftigen Stoffwechselprodukten so überfüllen würde, daß die Hinderung der Lufterneuerung eine Verunreinigung unseres Blutes, ja eine direkte Vergiftung durch Selbstgifte und eine Hemmung des gesamten Stoffwechsels zur Folge haben müßte. In 24 Stunden scheidet der Erwachsene nicht weniger als 4500 Liter Kohlensäure aus (von den übrigen Stoffwechselprodukten abgesehen). Auch unsere Haut gibt giftige Stoffwechselprodukte in solchem Umfange an die Luft ab, daß nach einem bekannten Experiment ein Tropfen Schweiß unter die Haut eines kleinen Tieres, z. B. einer Maus, gespritzt, den Tod des Tieres herbeiführt. Aber auch die Aufnahme der notwendigen Lebensluft, des Sauerstoffs, von dem der Erwachsene täglich 3150 Liter verbraucht, würde durch Einschränkung der Fensterlüftung bedrohend gehemmt. Ohne genügende Sauerstoffzufuhr aber keine gesunde Blutbereitung, keinen ungehinderten Stoffwechsel.

Die Einschränkung des Warmbades würde gerade bei dem jetzigen Mangel an Seife die notwendige Reinlichkeitspflege so sehr unterbinden, daß die Zunahme von Seuchen und Hautkrankheiten die natürliche Folge sein würde. Man hat auf das kalte Bad als Ersatzmittel hingewiesen. Für Schwächliche und Kränkliche aber würde dieser Ersatz eine ernste Gesundheitsbedrohung bedeuten. Sanitätsrat Dr. Stille stellt in den Blättern für biologische Medizin (Juni, Juli) fest, daß infolge der ungenügenden Ernährung eine Zunahme der Blutarmut, besonders unter den Frauen, stattgefunden hat. Für diese, wie für eine große Zahl anderer Kranken würde der Verlust des Warmbades eine ernste Lebensbedrohung bedeuten. Gerade weil unsere Ernährungsverhältnisse so unzulänglich sind, muß die persönliche Gesundheitspflege um so kräftiger ausgeübt werden. Für die Kränklichen und Schwächlichen wenigstens muß es möglich sein, täglich eine Warmabwaschung, gefolgt vom öfteren Luftbad, vorzunehmen.

Freier Handel oder städtische Verkaufsstelle.

Seit einigen Tagen ist die Stadtverwaltung dazu übergegangen, einen Teil des ihr überwiesenen Obstes in der städtischen Verkaufsstelle zur Abgabe an das Publikum zu bringen, und zwar zu gegenwärtig noch annehmbaren Preisen. So kosteten das Pfund Reifel zunächst 22 Pf., später 35 Pf und 40 Pf, je nach der zum Verkauf stehenden Sorte. In der vorigen Woche wurden, wie uns mitgeteilt wird, etwa 2000 Zentner Obst umgesetzt. Dadurch mag ja dem Handel ein ganz ansehnlicher Verdienst entgangen sein. Wer nun die neueste Kundgebung des Vereins der Lebensmittelhändler liest mit den hohen Preisen, die sie angeblich selbst an die Stadt zahlen müssen, der muß zu dem Glauben kommen, daß der Handel anstatt Gewinn zu erzielen, noch zusetzt. Nach unserer Information erhält der Handel jedoch für die angeführten Preise die ausgesuchte erstklassige Ware, während die städtische Verkaufsstelle das Obst unsortiert und deshalb billiger zum Verkauf bringt. Uns wurde mitgeteilt, daß unsortierte Ware nach den dabei bisher gemachten trüben Erfahrungen dem freien Handel nicht mehr überlassen werden kann. Wenn die städtische Verwaltung Obst heranschafft, so soll bei dem Vertrieb der Grundsatz maßgebend sein, dem Publikum die Ware, gute wie geringe in jedem Falle, ohne großen Gewinn zu möglichst erschwinglichen Preisen zur Verfügung zu stellen. Das hat sich mit der Vermittlung durch den freien Handel als nicht durchführbar erwiesen. Bei der bekannten Stellungnahme führender Personen in Halle zum Handel müssen es doch böse Erfahrungen sein, die die Verwaltung gezwungen haben, das jetzige System zur Anwendung zu bringen. Die Magistratsmitteilungen beim Uebergang zur städtischen Obstabgabe waren ja auch deutlich genug, und die ungenaue Darstellung der Preisverhältnisse in der Kundgebung der Lebensmittelhändler läßt den freien Handel durchaus nicht in einem besseren Lichte erscheinen.

Neue Bekanntmachungen.

Der Obstverkauf wird morgen auf die Nr. 31 501 bis 45 500 in der Talamtschule fortgesetzt.

Fischkonserven. In der Talamtschule stehen: Robbenfleisch, die 1-Pfd.-Dose zu 3 Mk., Krabben in Gelee, die 1-Pfd.-Dose zu 2 Mk., Kippfisch, 1 Pfund zu 2,20 Mk., zum Verkauf.

* Künstlerkritik an den Halischen Fünfzigpfennigscheinen. Beim ersten Erscheinen des städtischen Papiergeldes, das in dankenswerter Weise künstlerisch auszugestalten versucht wurde, ist von uns die vötliche Seite als schön und recht gut gelungen anerkannt worden, während die blaue Seite nicht vollen Beifall fand. In der letzten Nummer von Herold, Zeitschrift für Wappen, Siegel- und Familienkunde, findet sich darüber nun folgender Tadel ausgesprochen: „Schon an sich wenig geschmackvoll gezeichnet, zeigt diese Seite das Halische Stadtwappen in einem unschönen Schilde, den unteren der beiden Sterne erheblich kleiner als den oberen dargestellt. Dies würde zeichnerisch berechtigt sein (heraldisch wäre es gleichgültig), wenn die Schildform altgotisch wäre, aus Rücksicht auf den verfügbaren Raum im frühen Schildfuß, wenn aber, wie hier, der „Renaissance"-Schild unter dem Halbmond ebensoviel Platz bietet als darüber, so ist es fehlerhaft, beide Sterne nicht gleich groß darzustellen." — Trotz dieser Kunstkritik muß aber doch unumwunden anerkannt werden, daß für das Auge die Ausstattung der Halischen Scheine von denen der meisten anderen Städte wohltuend absticht.

* Die Neuverpachtung der städtischen Anschlagsäulen. In der geschlossenen Stadtverordnetensitzung wurde am Montag über die Verpachtung des öffentlichen Anschlagwesens verhandelt. Man kam überein, das Anschlagwesen an den bisherigen Pächter, Buchdruckereibesitzer Schwarz, der seinen bisherigen Pachtpreis von 9500 auf 11 000 Mark gesteigert hat, weiterzuverpachten, und zwar auf drei Jahre zum Jahressatze von 11 000 Mark. Ein Gebot, das auf 12 000 Mark lautete und von einer hiesigen reklamebedürftigen Zeitung ausgegangen war, wurde von der Versammlung abgelehnt. Ein Antrag des Genossen Osterburg, das Anschlagwesen in städtische Regie zu nehmen, den er ausführlich begründete, fand keine genügende Unterstützung.

* Durchgehende Arbeitszeit zwecks Kohlenersparnis. Das Kriegsamt bringt eine Veröffentlichung, in der es heißt: Jeder einzelne sei sich klar, daß er durch Sparsamkeit im Kohlenverbrauch — ebenso selbstverständlich im Verbrauch der wichtigsten Kohlenerzeugnisse: Gas und Elektrizität — sowohl der Gemeinschaft wie sich selbst einen großen Dienst leistet. Als ein wichtiges Mittel ist die möglichst zeitgehende Anwendung der durchgehenden Arbeitszeit zu bezeichnen. Unterbrechung der Arbeitszeit bedeutet Vermehrung der täglichen Heiz- und Lichtstunden. Besteht hierfür keine zwingende Notwendigkeit, so werden Kohlen vergeudet. Jeder Betriebsleiter, jeder Kaufmann, Industrielle und Gewerbetreibende möge sich daher die Frage vorlegen, ob nicht auch für seinen Betrieb oder einzelne Teile die durchgehende Arbeitszeit ohne besondere Nachteile zu ermöglichen ist. Die Verkaufsgeschäfte mit Ausnahme der Lebensmittelläden können zweckmäßig an vier Tagen der Woche mit Eintritt der Dunkelheit, d. h. gegen 5 Uhr, geschlossen werden; zwei Tage genügen für alle, die nur des Abends Zeit zu Einkäufen haben. Dem Bedenken, daß an diesen zwei Tagen Verkehrsanhäufungen eintreten werden, wäre durch entsprechende Verteilung der einzelnen Wochentage auf die verschiedenen Geschäfte zu begegnen. (W. T. B.)

* Kürzere Herbst- und längere Weihnachtsferien. In Ergänzung unserer gestrigen kurzen Notiz über die Nichtverschiebung der Herbstschulferien ist heute zu berichten: Nach einer Mitteilung des Provinzialkollegiums für die Provinz Sachsen werden die Michaelisferien um drei Tage gekürzt. Sie beginnen anstatt am 29. September erst am 4. Oktober; Wiederbeginn des Unterrichts ist am 11. Oktober. Diese drei Tage werden den Weihnachtsferien zugelegt, die am 20. Dezember beginnen sollen. Wie lange die Weihnachtsferien dauern werden, hängt von der jeweiligen Lage ab. — Ob diese Absicht in Halle und den anderen Provinzorten gleichmäßig durchgeführt wird, bleibt noch abzuwarten.

* Beschränkte Güter-Annahme. Ab 20. M. findet eine beschränkte Güter-Beförderung statt. Eilgüter werden zur Beförderung nur dann zugelassen, wenn ihr Gewicht nicht mehr denn 50 Kilogramm übersteigt. Große Frachtgüter, sogenannte sperrige Güter, sind ab da vorläufig von der Beförderung ausgeschlossen.

* Das Käsebrot als Gegenstand des Preiswuchers. Viele Restaurateure und Gastwirte glauben, auf sie könnten die Preiswucherverordnungen des Bundesrats keine Anwendung finden. Diese Auffassung ist eine irrige, wie ein Strafprozeß zeigt, der jetzt das Kammergericht beschäftigte. Im Kaffeehaus Bartel in Berlin war dem Gast M. ein Brötchen mit Käsebelag für 60 Pf. verkauft worden. Der Belag bestand aus drei dünnen Scheiben Käse, die zusammen einen halben Harzer Käse ausmachten. Nach der Bekundung des Zeugen war keine Butter auf der Schrippe. Bartel wurde vom Landgericht wegen übermäßiger Preissteigerung zu einer Geldstrafe von 30 Mk. verurteilt. Begründend wurde ausgeführt: Dem Angeklagten habe die Schrippe 3½ Pf. und der halbe Harzer Käse 12½ Pf. gekostet, zusammen also 16 Pf. Selbst wenn man sehr weit gehe und für das Konzert-Café unter Berücksichtigung aller Unkosten des Geschäfts einen Aufschlag von 100 Prozent zulasse, so kämen als angemessener Verkaufspreis 32 Pf. heraus. Die überschießenden 28 Pf. würden einen übermäßigen Gewinn darstellen. Aber auch dann, wenn man die im Gegensatz zur Auslage des Zeugen M. stehende Behauptung des Angeklagten, es wäre Butter auf der Schrippe gewesen, berücksichtigen wollte, bleibe ein übermäßiger Gewinn. Allerdächstens könne man für die Butter 10 Pf. rechnen. Schlage man sie zu dem Einkaufspreis von Schrippe und Käse, so betrüge der Gesamteinkaufspreis 26 Pf. Dazu 100 Prozent, ergebe 52 Pf., so daß der zulässige Verkaufspreis noch mit 8 Pf. überschritten wäre. Wenn der Angeklagte behaupte, für solche Schrippen sei in andern Lokalen schon 1 Mk. gefordert und bezahlt worden, so möge das ja vorgekommen sein. Es stelle aber auf jeden Fall eine ungesunde übermäßige Preissteigerung dar. Daran habe sich der Angeklagte in seinem Falle beteiligt. Das Kammergericht verwarf die vom Angeklag-

---

78]

Ekkehard.

Historischer Roman von Joseph Viktor v. Scheffel.

Einundzwanzigstes Kapitel.

Verstoßung und Flucht.

Ekkehard war noch lang in der Gartenlaube gesessen, dann war er hinausgerannt in die Nacht. Er wußte nicht, wohin der Gang gehen sollte. Des Morgens fand er sich auf dem Fels Hohenträhen, der ragte in stiller Einsamkeit seit der Waldbrand Abzug. Die Trümmer des ausgebrannten Hauses lagen verwirrt übereinander; wo einst die Wohnstube, stand noch der Römerstein mit dem Mithras, Farrenkraut und Riedgras war darüber gerankt, eine Blindschleiche lief züngelnd an dem wettergedunkelten Götterbild hinauf.

Ekkehard fuhr in hellem Hohn zusammen: Die Kapelle der heiligen Hadwig! rief er und schlug sich mit der Faust an die Brust, so muß sie sein! Er stieß den Römerstein um und stieg auf die Felskuppe; dort warf er sich nieder und preßte die Stirn ins kühle Erdreich, das einst Frau Hadwigs Fuß berührt. Lange blieb er dort; als die Sonne in der Mittagshöhe herunterbrannte, lag er noch oben — und schlief.

Vor Abend kam er auf den Hohentwiel zurück, heiß, verstört, unsicheren Ganges. Grashalme hafteten mir in den härenen Geweb seiner Kutte. Die Leute der Burg wichen scheu vor ihm zurück, wie vor einem, dem des Unglücks Finger ein Zeichen auf die Stirn geschrieben. Sonst pflegten sie ihm entgegenzugehen und baten um seinen Segen.

Die Herzogin hatte sein Fortsein wahrgenommen, aber nicht nach ihm gefragt. Er ging in seine Turmstube hinauf; er griff ein Pergament, als ob er lesen wolle. Es war Gunzos Schrift wider ihn. „Gern würde ich Euch ermahnen, ihm die Hilfe beilender Arzneien angedeihen zu lassen, aber ich fürchte, seine Krankheit ist zu tief eingewurzelt." las er drin. Er lachte. Die gewölbte Decke gab einen Widerhall, da sprang er auf, als wollt' er erspähen, wer gelacht. Dann trat er ans Fenster und schaute in die Tiefe; es ging weit, weit hinab. Ein Schwindel wollte ihn fassen, da wich er zurück.

Des alten Chieto Fläschlein stand bei den Büchern, das machte ihn wehmütig. Er gedachte des Blinden. Frauendienst ist ein schlimm Ding für den, der gerecht bleiben will, hatte der einst zu ihm gesprochen, wie er Abschied nahm.

Er riß das Siegel von dem Fläschlein und goß sich das Jordanwasser übers Haupt und netzte die Augen. Es war zu spät. Auch die Flut heiliger Ströme löscht die Glut des Herzens nicht; nur dem, der sich hinunterstürzt, um nimmer aufzutauchen . . . Doch kam ein Anflug von Ruhe über ihn. Ich will beten! sprach er, es ist eine Versuchung. Er warf sich auf die Knie, aber bald war's ihm, als schwirrten die Tauben um sein Haupt, wie damals, als er zuerst die Turmstube betrat, aber sie hatten ihr grinsende Gesichter und einen höhnischen Zug um die Schnäbel.

Er stand auf und ging langsam die Wendeltreppe hinunter zur Burgkapelle. Der Altar drunten war Zeuge frommer Andacht an manchem guten Tag. In der Kapelle war's wie ehedem, dunkel und still. Sechs schwere Säulen mit würfelförmigem laubwerkverziertem Knauf trugen die niedere Wölbung; ein feiner Streif Tageslicht fiel durch schmale Fenster herein. Die Tiefe der Nische, wo der Altar stund, war schwach erleuchtet; nur der Goldgrund um das Mosaikbild des Erlösers glänzte in matten Flimmern. Griechische Künstler hatten die Fresken ihrer Kirchenausschmückung einst auf den deutschen Fels getragen: in weißem wallendem Gewand, goldroten Schein ums Haupt, hob sich des Heilands hagere Gestalt, die Finger der Rechten segnend ausgestreckt.

Ekkehard neigte sich vor den Stufen des Altars; seine Stirn ruhte auf den Steinplatten — so blieb er, in sich versunken. „Der du die Leiden der Menschen auf dich genommen, laß ausgehn einen Strahl der Gnade auf mich Unwürdigen!" Er hob den Blick und schaute starr hinauf, als müsse das ernste Gebild aus der Wand niedersteigen und ihm die Hand reichen. „Ich liege vor dir, wie Petrus vom Seesturm umbraust, die Wellen tragen mich nicht, Herr, rette mich! Rette mich wie jenen, da du über die Sturmflut wandelnd, ihm die Hand gereicht und gesprochen: Kleingläubiger, warum zweifelst du?"

Aber es geschah kein Zeichen.

Ekkehards Denken war zerrüttet.

Es rauschte durch die Kapelle wie Frauengewand . . . hörte nichts.

Frau Hadwig war heruntergestiegen, eine seltsame Anwandlung trieb sie. Seit sie dem Mönch gram geworden, stand das Bild ihres alten seligen Ehgemahls öfters vor ihrer Seele, denn ehedem. Natürlich. Wenn sich dieser niederlegt, muß sich jener heben. Das neuerliche Lesen im Virgilius hatte auch dazu beigetragen; es war so mannigfach vom Gedächtnis an Sichaus die Rede.

Morgen neute sich der Todestag Herrn Burkhards. In der Kapelle lag der alte Herzog mit Schild und Lanze begraben. Eine rohe Platte deckte sein Grab seitwärts vom Altar. Matt brannte die ewige Lampe drüber. Ein Sarkophag aus grauem Sandstein stand dabei, unförmliche kleine Halbsäulen mit ionisch gewundenen Knauf waren an den Ecken angefügt; sie ruhten auf fratzenhaften Tiergestalten. Den Steinsarg hatte Frau Hadwig einst für sich selber anfertigen lassen. Reiweis an des Herzogs Gedächtnistag ließ sie ihn mit Korn und Früchten gefüllt, hinaustragen und verteilte seinen Inhalt den Armen — unumwunden anerkannt werden, daß für das Auge die Ausstattung der Halischen Scheine von denen der meisten anderen Städte wohltuend absticht.

* Die Neuverpachtung der städtischen Anschlagsäulen. In der geschlossenen Stadtverordnetensitzung wurde am Montag über die Verpachtung des öffentlichen Anschlagwesens verhandelt. Man kam überein, das Anschlagwesen an den bisherigen Pächter, Buchdruckereibesitzer Schwarz, der seinen bisherigen Pachtpreis von 9500 auf 11 000 Mark gesteigert hat, weiterzuverpachten, und zwar auf drei Jahre zum Jahressatze von 11 000 Mark. Ein Gebot, das auf 12 000 Mark lautete und von einer hiesigen reklamebedürftigen Zeitung ausgegangen war, wurde von der Versammlung abgelehnt. Ein Antrag des Genossen Osterburg, das Anschlagwesen in städtische Regie zu nehmen, den er ausführlich begründete, fand keine genügende Unterstützung.

* Durchgehende Arbeitszeit zwecks Kohlenersparnis. Das Kriegsamt bringt eine Veröffentlichung, in der es heißt: Jeder einzelne sei sich klar, daß er durch Sparsamkeit im Kohlenverbrauch — ebenso selbstverständlich im Verbrauch der wichtigsten Kohlenerzeugnisse: Gas und Elektrizität — sowohl der Gemeinschaft wie sich selbst einen großen Dienst leistet. Als ein wichtiges Mittel ist die möglichst zeitgehende Anwendung der durchgehenden Arbeitszeit zu bezeichnen. Unterbrechung der Arbeitszeit bedeutet Vermehrung der täglichen Heiz- und Lichtstunden. Besteht hierfür keine zwingende Notwendigkeit, so werden Kohlen vergeudet. Jeder Betriebsleiter, jeder Kaufmann, Industrielle und Gewerbetreibende möge sich daher die Frage vorlegen, ob nicht auch für seinen Betrieb oder einzelne Teile die durchgehende Arbeitszeit ohne besondere Nachteile zu ermöglichen ist. Die Verkaufsgeschäfte mit Ausnahme der Lebensmittelläden können zweckmäßig an vier Tagen der Woche mit Eintritt der Dunkelheit, d. h. gegen 5 Uhr, geschlossen werden; zwei Tage genügen für alle, die nur des Abends Zeit zu Einkäufen haben. Dem Bedenken, daß an diesen zwei Tagen Verkehrsanhäufungen eintreten werden, wäre durch entsprechende Verteilung der einzelnen Wochentage auf die verschiedenen Geschäfte zu begegnen. (W. T. B.)

* Kürzere Herbst- und längere Weihnachtsferien. In Ergänzung unserer gestrigen kurzen Notiz über die Nichtverschiebung der Herbstschulferien ist heute zu berichten: Nach einer Mitteilung des Provinzialkollegiums für die Provinz Sachsen werden die Michaelisferien um drei Tage gekürzt. Sie beginnen anstatt am 29. September erst am 4. Oktober; Wiederbeginn des Unterrichts ist am 11. Oktober. Diese drei Tage werden den Weihnachtsferien zugelegt, die am 20. Dezember beginnen sollen. Wie lange die Weihnachtsferien dauern werden, hängt von der jeweiligen Lage ab. — Ob diese Absicht in Halle und den anderen Provinzorten gleichmäßig durchgeführt wird, bleibt noch abzuwarten.

* Beschränkte Güter-Annahme. Ab 20. M. findet eine beschränkte Güter-Beförderung statt. Eilgüter werden zur Beförderung nur dann zugelassen, wenn ihr Gewicht nicht mehr denn 50 Kilogramm übersteigt. Große Frachtgüter, sogenannte sperrige Güter, sind ab da vorläufig von der Beförderung ausgeschlossen.

* Das Käsebrot als Gegenstand des Preiswuchers. Viele Restaurateure und Gastwirte glauben, auf sie könnten die Preiswucherverordnungen des Bundesrats keine Anwendung finden. Diese Auffassung ist eine irrige, wie ein Strafprozeß zeigt, der jetzt das Kammergericht beschäftigte. Im Kaffeehaus Bartel in Berlin war dem Gast M. ein Brötchen mit Käsebelag für 60 Pf. verkauft worden. Der Belag bestand aus drei dünnen Scheiben Käse, die zusammen einen halben Harzer Käse ausmachten. Nach der Bekundung des Zeugen war keine Butter auf der Schrippe. Bartel wurde vom Landgericht wegen übermäßiger Preissteigerung zu einer Geldstrafe von 30 Mk. verurteilt. Begründend wurde ausgeführt: Dem Angeklagten habe die Schrippe 3½ Pf. und der halbe Harzer Käse 12½ Pf. gekostet, zusammen also 16 Pf. Selbst wenn man sehr weit gehe und für das Konzert-Café unter Berücksichtigung aller Unkosten des Geschäfts einen Aufschlag von 100 Prozent zulasse, so kämen als angemessener Verkaufspreis 32 Pf. heraus. Die überschießenden 28 Pf. würden einen übermäßigen Gewinn darstellen. Aber auch dann, wenn man die im Gegensatz zur Auslage des Zeugen M. stehende Behauptung des Angeklagten, es wäre Butter auf der Schrippe gewesen, berücksichtigen wollte, bleibe ein übermäßiger Gewinn. Allerdächstens könne man für die Butter 10 Pf. rechnen. Schlage man sie zu dem Einkaufspreis von Schrippe und Käse, so betrüge der Gesamteinkaufspreis 26 Pf. Dazu 100 Prozent, ergebe 52 Pf., so daß der zulässige Verkaufspreis noch mit 8 Pf. überschritten wäre. Wenn der Angeklagte behaupte, für solche Schrippen sei in andern Lokalen schon 1 Mk. gefordert und bezahlt worden, so möge das ja vorgekommen sein. Es stelle aber auf jeden Fall eine ungesunde übermäßige Preissteigerung dar. Daran habe sich der Angeklagte in seinem Falle beteiligt. Das Kammergericht verwarf die vom Angeklag-

Ekkehard.

Historischer Roman von Joseph Viktor v. Scheffel.

Einundzwanzigstes Kapitel.

Verstoßung und Flucht.

Ekkehard war noch lang in der Gartenlaube gesessen, dann war er hinausgerannt in die Nacht. Er wußte nicht, wohin der Gang gehen sollte. Des Morgens fand er sich auf dem Fels Hohenträhen, der ragte in stiller Einsamkeit seit der Waldbrand Abzug. Die Trümmer des ausgebrannten Hauses lagen verwirrt übereinander; wo einst die Wohnstube, stand noch der Römerstein mit dem Mithras, Farrenkraut und Riedgras war darüber gerankt, eine Blindschleiche lief züngelnd an dem wettergedunkelten Götterbild hinauf.

Ekkehard fuhr in hellem Hohn zusammen: Die Kapelle der heiligen Hadwig! rief er und schlug sich mit der Faust an die Brust, so muß sie sein! Er stieß den Römerstein um und stieg auf die Felskuppe; dort warf er sich nieder und preßte die Stirn ins kühle Erdreich, das einst Frau Hadwigs Fuß berührt. Lange blieb er dort; als die Sonne in der Mittagshöhe herunterbrannte, lag er noch oben — und schlief.

Vor Abend kam er auf den Hohentwiel zurück, heiß, verstört, unsicheren Ganges. Grashalme hafteten mir in den härenen Geweb seiner Kutte. Die Leute der Burg wichen scheu vor ihm zurück, wie vor einem, dem des Unglücks Finger ein Zeichen auf die Stirn geschrieben. Sonst pflegten sie ihm entgegenzugehen und baten um seinen Segen.

Die Herzogin hatte sein Fortsein wahrgenommen, aber nicht nach ihm gefragt. Er ging in seine Turmstube hinauf; er griff ein Pergament, als ob er lesen wolle. Es war Gunzos Schrift wider ihn. „Gern würde ich Euch ermahnen, ihm die Hilfe beilender Arzneien angedeihen zu lassen, aber ich fürchte, seine Krankheit ist zu tief eingewurzelt." las er drin. Er lachte. Die gewölbte Decke gab einen Widerhall, da sprang er auf, als wollt' er erspähen, wer gelacht. Dann trat er ans Fenster und schaute in die Tiefe; es ging weit, weit hinab. Ein Schwindel wollte ihn fassen, da wich er zurück.

Des alten Chieto Fläschlein stand bei den Büchern, das machte ihn wehmütig. Er gedachte des Blinden. Frauendienst ist ein schlimm Ding für den, der gerecht bleiben will, hatte der einst zu ihm gesprochen, wie er Abschied nahm.

Er riß das Siegel von dem Fläschlein und goß sich das Jordanwasser übers Haupt und netzte die Augen. Es war zu spät. Auch die Flut heiliger Ströme löscht die Glut des Herzens nicht; nur dem, der sich hinunterstürzt, um nimmer aufzutauchen . . . Doch kam ein Anflug von Ruhe über ihn. Ich will beten! sprach er, es ist eine Versuchung. Er warf sich auf die Knie, aber bald war's ihm, als schwirrten die Tauben um sein Haupt, wie damals, als er zuerst die Turmstube betrat, aber sie hatten ihr grinsende Gesichter und einen höhnischen Zug um die Schnäbel.

Er stand auf und ging langsam die Wendeltreppe hinunter zur Burgkapelle. Der Altar drunten war Zeuge frommer Andacht an manchem guten Tag. In der Kapelle war's wie ehedem, dunkel und still. Sechs schwere Säulen mit würfelförmigem laubwerkverziertem Knauf trugen die niedere Wölbung; ein feiner Streif Tageslicht fiel durch schmale Fenster herein. Die Tiefe der Nische, wo der Altar stund, war schwach erleuchtet; nur der Goldgrund um das Mosaikbild des Erlösers glänzte in matten Flimmern. Griechische Künstler hatten die Fresken ihrer Kirchenausschmückung einst auf den deutschen Fels getragen: in weißem wallendem Gewand, goldroten Schein ums Haupt, hob sich des Heilands hagere Gestalt, die Finger der Rechten segnend ausgestreckt.

Ekkehard neigte sich vor den Stufen des Altars; seine Stirn ruhte auf den Steinplatten — so blieb er, in sich versunken. „Der du die Leiden der Menschen auf dich genommen, laß ausgehn einen Strahl der Gnade auf mich Unwürdigen!" Er hob den Blick und schaute starr hinauf, als müsse das ernste Gebild aus der Wand niedersteigen und ihm die Hand reichen. „Ich liege vor dir, wie Petrus vom Seesturm umbraust, die Wellen tragen mich nicht, Herr, rette mich! Rette mich wie jenen, da du über die Sturmflut wandelnd, ihm die Hand gereicht und gesprochen: Kleingläubiger, warum zweifelst du?"

Aber es geschah kein Zeichen.

Ekkehards Denken war zerrüttet.

Es rauschte durch die Kapelle wie Frauengewand . . . hörte nichts.

Frau Hadwig war heruntergestiegen, eine seltsame Anwandlung trieb sie. Seit sie dem Mönch gram geworden, stand das Bild ihres alten seligen Ehgemahls öfters vor ihrer Seele, denn ehedem. Natürlich. Wenn sich dieser niederlegt, muß sich jener heben. Das neuerliche Lesen im Virgilius hatte auch dazu beigetragen; es war so mannigfach vom Gedächtnis an Sichaus die Rede.

Morgen neute sich der Todestag Herrn Burkhards. In der Kapelle lag der alte Herzog mit Schild und Lanze begraben. Eine rohe Platte deckte sein Grab seitwärts vom Altar. Matt brannte die ewige Lampe drüber. Ein Sarkophag aus grauem Sandstein stand dabei, unförmliche kleine Halbsäulen mit ionisch gewundenen Knauf waren an den Ecken angefügt; sie ruhten auf fratzenhaften Tiergestalten. Den Steinsarg hatte Frau Hadwig einst für sich selber anfertigen lassen. Reiweis an des Herzogs Gedächtnistag ließ sie ihn mit Korn und Früchten gefüllt, hinaustragen und verteilte seinen Inhalt den Armen — die Mittel zum Leben aus der Ruhstatt der Toten: es war ein frommer Brauch so.

Sie wollte heute an ihres Gatten Grab beten. Des Ortes Halbdunkel deckte den knienden Ekkehard. Sie sah ihn nicht.

Da schreckte sie auf aus ihrer Andacht. Halblaut, aber schneidig schlug ein Lachen an ihr Ohr, sie kannte die Stimme. Ekkehard hatte sich erhoben, er sprach ist die Worte des Psalms: „Beschirme mich, o Herr, unter dem Schatten deiner Flügel, beschirme mich vor dem Anblick der Gottlosen, die mich plagen. Meine Feinde haben meine Seele umgeben; ihr Herz ist mir verschlossen, ihr Mund hat Hochmut geredet." Er sprach's mit bösem Ton. Das war kein Beten mehr.

Frau Hadwig neigte sich zum Sarkophag. Sie hätte gern einen zweiten drauf gewünscht, daß er sie verberge vor Ekkehards Blick. Sie wünschte kein Alleinsein mehr. Ihr Herz schlug ruhig.

Er ging zur Pforte.

Da plötzlich wandte er sich: die ewige Lampe schwebte leise über Frau Hadwigs Haupt hin und her, das schwebende Dämmerlicht hatte sein Aug' getroffen . . . mit einem Sprung, mächtiger als der, den der heilige Bernhard in späteren Tagen durch den Dom zu Speier tat, da ihm das Marienbild gewinkt, stand er vor der Herzogin. Er schaute sie lang und durchbohrend an. Sie erhob sich vom Boden, mit der Rechten den Rand des Steinsarges fassend, stand sie ihm gegenüber, an seidener Schnur wiegte sich die ewige Lampe über ihrem Haupt.

„Glücklich sind die Toten, man betet für sie!" brach Ekkehard das Schweigen.

Frau Hadwig erwiderte nichts.

„Betet Ihr auch für mich, wenn ich tot bin?" fuhr er fort. „O, Ihr sollt nicht für mich beten! . . . Einen Pfaffen laßt Euch aus meinem Schädel machen, und wenn Ihr wieder einen Pförtner holt aus dem Kloster des heiligen Gallus, so müßt Ihr ihm den Willkommtrunk draus reichen — ich laß ihn grüßen! Dürft auch selber Eure Lippen drantsetzen er springt nicht. Aber das Stirnband müßt Ihr dabei ums Haupt tragen und die Rose drin . . ."

„Ekkehard!" sprach die Herzogin, „Ihr frevelt!"

Er fuhr mit der Rechten an die Stirn: „O!" sprach er wehmütig, „o ja! . . . der Rhein frevelt auch: sie haben ihm mit riesigen Felsen den Lauf verbaut, aber er hat sie durchnagt und braust drüberweg in Schaum und Sturz und Vernichtung. Glück auf, du freier Jugendmut! . . . Und Gott frevelt auch, denn er hat den Rhein werden lassen und den hohen Twiel und die Herzogin von Schwaben und die Tonsur auf meinem Haupt."

(Fortsetzung folgt.)

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-170675262191709 19-17/fragment/page=0005

ten eingelegte Revision mit folgender Begründung: Ohne Rechtsirrtum habe das Landgericht festgestellt, daß ein übermäßiger Gewinn gefordert und erzielt worden sei. Falsch sei auch der Einwand des Verteidigers, daß ein Konzert-Café nicht unter die Bundesratsverordnung über den Preiswucher fallen könne. Es sei nicht ersichtlich, worauf er sich dabei stützen wolle. Die Verordnung spreche allgemein von übermäßigen Preissteigerungen für Gegenstände des täglichen Bedarfs. Danach komme es garnicht darauf an, in was für Lokalitäten der übermäßige Preis gefordert werde. Es bleibt also bei der Bestrafung.

* **Schwurgericht.** In der am 24. September d. J. beginnenden Schwurgerichts-Periode kommen zur Verhandlung: am 24. September, vormittags 9 Uhr, gegen 1. den Holzarbeiter Franz Korns, 2. den Arbeiter Karl Grefling, wegen schwerer Urkundenfälschung in zwei Fällen bzw. Beihilfe dazu; am 24. September, vormittags 9 Uhr gegen den Badeanstalts-Besitzer Friedrich Schwarz, wegen Lohnabtreibung; am 25. September, vormittags 9 Uhr, gegen den Monteur Alfred Knauf, wegen wissentlichen Meineids; am 25. September, vormittags 11½ Uhr, gegen die Ehefrau Ida Olberg geb. Natho, wegen Lohnabtreibung in zwei Fällen; am 26. September, vormittags 9 Uhr, gegen den Kutscher Max Keller, wegen schwerer Urkundenfälschung in Tateinheit mit Betrug, einfachen Diebstahls im Rückfalle, unberechtigten Tragens von Uniformen und Ehrenzeichen; am 26. September, vormittags 9 Uhr, gegen den russischen Arbeiter Anton Sokol, wegen Körperverletzung mit Todeserfolg; am 27. September, vormittags 9 Uhr, gegen den Arbeiter Otto Urban, wegen schwerer Urkundenfälschung in Tateinheit mit Betrug.

* **Stadttheater.** Heute, Mittwoch, wird die komische Oper La Serva Padrona (Die Magd als Herrin), anschließend das Lustspiel Der zerbrochene Krug mit Leopold Sachse in der Rolle des Dorfrichters Adam wiederholt. Donnerstag gelangt das Lustspiel Moral von Ludwig Thoma, Freitag die Oper Tiefland zur Aufführung. Am Sonnabend nachmittag wird als Schülervorstellung bei ganz kleinen Preisen Goethes Iphigenie auf Tauris gegeben, Sonnabend abend Das Dreimäderlhaus. Für Sonntag nachmittag ist die Operette Die Förster-Christl, für abends Richard Wagners Tannhäuser vorgesehen.

* **Straßenbahnunglücksfall.** Beim Durchfahren der Weiche im Kleinschmieden entgleiste gestern abend ein Anhängewagen der Linie 4 der Stadtbahn. Er stieß gegen einen vorbeifahrenden Motorwagen der Linie 1. Durch den Anprall wurden zwei Fensterscheiben des Anhängewagens zertrümmert, außerdem wurden zwei Männer und ein zehnjähriges Mädchen, die auf der Plattform standen, heruntergeschleudert und einer der Männer leicht am Kopfe, das Mädchen an den Händen und Füßen verletzt. Die Verletzten konnten ihren Weg allein fortsetzen. Sonstiger Schaden entstand nicht.

* **Bestohlene Vermieter.** Bei einer Frauensperson, die wegen mehrfacher Einmietebetrügereien festgenommen ist, sind nachstehende Sachen vorgefunden worden: 1 schwarze, gehäkelte Handtasche mit lilaseidenem Futter und geknüpften Fransen, 1 dunkelblauer Regenschirm mit doppelter, bunter Kante, graubraunem Rohrstock mit gebogener Krücke, 1 Paar graue, wollene Handschuhe, 1 weißleinener Unterrock mit Spitze (Lochstickerei), 1 Haus- und 1 Flurschlüssel. Da die Sachen zweifellos aus Einmietediebstählen herrühren, werden die Eigentümer ersucht, sich bei der Kriminalpolizei, Dreyhauptstraße 6 II, Zimmer 71 oder 73, zu melden.

* **Gefundenes.** Die während der Zeit vom 1. Januar bis 30. Juni in den Wagen der städtischen Straßenbahn gefundenen Gegenstände, welche von den Verlierern bis jetzt nicht zurückgefordert sind, werden in der Auktion des städtischen Leihamtes am 20. September zur Versteigerung gelangen: In Betracht kommen folgende Gegenstände: 55 Regenschirme, 6 Sonnenschirme, 20 Paar Handschuhe, 11 Stück Spazierstöcke, 23 Portemonnaies, 23 Schlüssel, 14 Taschen, 2 Beutel, 2 Muffen, 1 Schunnkandel, 2 Glasbüchsen, 2 Marktnetze, 1 Perlhorse, 2 Klemmer, 8 Taschentücher, 2 Brillen und 1 Futteral, 2 Schürzen, 1 Herrenhut, 1 Paar Schlittschuhe, 1 Wärmeeimer mit Kohle, 1 Henkeltopf, 2 Bücher, 2 Schreib- und Lehrbücher, 1 Schreibetui, 1 goldener Ring im Etui, 2 Briefstaschen, 1 Etui mit Messer und Nagelfeile, 1 Schere, 1 Haarrenschere, 1 Strickstrumpf, 2 Kragenschoner, 1 Paket mit Drucksachen, 1 wollenes Tuch, 1 Korsett, 1 Pelzkragen, 1 Taschenmesser, 1 Monogramm, 1 Unterhose, 1 Photoar-Zylinder, 1 Hammer, 2 Rucksäcke, 1 Gürtel, 4 Kragen, 1 silberner Ring, 1 Gas-Glühstrumpf, 1 Reisetasche, 6 Damenjacketts, 1 Topf, 1 Nagelschere, 1 Tischtuch mit Sack, Wäsche und 1 Paar Strümpfe.

Aus der Provinz.

Höhere Preise für Schlachtschweine.

Nach einer neuen Verordnung des Stellvertreters des Reichskanzlers können bei der Abnahme aller Schlachtschweine stets die Grundpreise für je 50 Kilo Lebendgewicht gefordert werden, die bisher als Höchstpreise für Schweine im Lebendgewicht von über 85 Kilo galten. Damit werden für geringer gewichtige Schweine die niedrigeren Höchstpreissätze aufgehoben. Diese Regelung tritt jedoch nur vorübergehend bis zum 30. November 1917 in Kraft. Der Zweck der Vorschrift ist, daß die Landwirtschaft baldigst alle Schweine ohne Rücksicht auf die Höhe des erreichten Mastzustandes abstoßen kann, wenn ihr erlaubtes Mastfutter nicht zur Verfügung steht. Dieser Fall wird, da die Gerste beschlagnahmt ist und zur Schweinemast nicht freigegeben werden kann, vielfach eintreten. Die Freigabe von Gerste zur Mast ist nicht möglich, weil der geringe Ertrag der Ernte für menschliche Ernährungszwecke, für den Herbstbedarf und die Fütterung der Arbeits- und Zuchttiere vorbehalten bleiben muß.

Soweit die amtliche Mitteilung, die erkennen läßt, daß das Wegschlachten der Schweine weitergeht, was uns für die spätere Versorgung mit Fleisch und besonders Fett ganz trübe Aussichten eröffnet.

Merseburg. Durchgehende Dienstzeit. Um Kohlen und Licht zu sparen, sind von Mittwoch an die Dienststunden sämtlicher in den Kreishäusern untergebrachten Bureaus und Kassen auf die Zeit von 8 Uhr vormittags bis 4 Uhr nachmittags durchgehend festgesetzt worden. Es kommen folgende Bureaus und Kassen in Betracht: Landratsamt mit Militärbureau, Kreisausschuß mit sämtlichen kriegswirtschaftlichen Abteilungen, Einkommensteuerveranlagungskommission, Landtrankenkasse, Landwirtschaftliche Berufsgenossenschaft, Versicherungsamt, Kreisfeuersozietät, Kreissparkasse, Kreiskommunalkasse. Für das Publikum sind die Bureaus nur von 8 Uhr vormittags bis 12 Uhr mittags geöffnet. Sämtliche Bureaus und Kassen sind von 4 Uhr nachmittags an geschlossen. Zur Entgegennahme von Mitteilungen in sehr eiligen, dringenden, dienstlichen Angelegenheiten außerhalb der vorstehend festgesetzten Dienststunden ist die Telephongeneralc im Landratsamt (Telephon Nr. 3, 52, 90, 192) wochentags bis abends 7 Uhr, Sonntags von 8 Uhr vormittags bis 12 Uhr mittags besetzt.

— Ausgabe von Lebensmitteln. Für die Woche vom 23. bis 29. September werden auf den Kopf der Bevölkerung zugeteilt: 150 Gramm Kunsthonig zum Preise von 18 Pf. auf Bezugsschein 20. 1 Suppenwürfel zum Preise von 10 Pf. auf Bezugsschein 21. Die Abgabe der Bezugsscheine 20 und 21 hat von Mittwoch, den 19., bis Donnerstag, den 20. September, von morgens 7 Uhr bis abends 8 Uhr, in den hiesigen Lebensmittelgeschäften zu erfolgen. Der Verkauf der zugeteilten Ware erfolgt von Donnerstag, den 27. September bis einschl. Sonnabend, den 29. September, gegen Abgabe der Quittungsabschnitte.

— Margarineverteilung. Am Sonnabend dem 22. September wird gegen Abgabe der für die laufende Woche gültigen Kreisfettmarken in den bekannten Verkaufsstellen Margarine ausgegeben, und zwar auf jede Kreisfettmarke 40 Gramm Margarine zum Preise von 18 Pf.; auf jede Zusatzmarke für Schwerstarbeiter und Kranke mit dem roten Aufdruck „Z" 60 Gramm Margarine zum Preise von 27 Pf. Im übrigen bleibt es bei dem bisher bekannten Verfahren. Die Marken müssen zur Regelung des Verkehrs bis spätestens Donnerstag abend an die Verkaufsstellen abgeliefert werden.

— Die alten Kanonen im hiesigen Schloßhofe werden der Heeresverwaltung zur Verfügung gestellt. Das dem Artilleristenverein gehörige Feldgeschütz ist schon zur Ablieferung gelangt. Auch die zwei anderen Geschütze dürften demnächst abgeliefert werden. Die Rohre werden eingeschmolzen und dann die Masse zu modernen Geschützen verarbeitet. — Ferner wurde noch ein älteres kleines Geschützrohr an die Metallsammelstelle abgeliefert.

— Ein Zeichen der Fleischnot. Eingebrochen wurde in dem Grundstück Menschauer Straße 17. Die Diebe nahmen den gesamten Hühner- und Kaninchenbestand mit und verschwanden spurlos. Eingeleitete Ermittlungen blieben erfolglos.

Mücheln. Was alles bestraft wird. Der Oberingenieur E. in Halle hat in Zeitungsankündigungen, in denen er für seine Firma nach Mücheln Arbeiter suchte, auf die gute Küche und Unterkunftsräume, die den Arbeitern auf dem Werke geboten würden, hingewiesen und muß deshalb nach einem Schöffengerichtsurteil 150 Mk. Geldstrafe zahlen.

Lützkendorf-Krumpa. An die Postbezieher des Volksblattes. Da infolge des starken Arbeiterzuzuges in beiden Ortschaften die Leserzahl des Volksblattes sich wieder gehoben hat, ist hier wieder ein Austrägerbezirk eingerichtet worden. Unsere Postabonnenten werden gebeten, ihre Adressen möglichst sofort an den Verlag, Halle, Harz 42-44, einzusenden oder an Frau Witwe Krause in Mödersling bei Lützkendorf abzugeben. Dann wird auch ihnen das Volksblatt vom 1. Oktober an regelmäßig durch die Botin ins Haus geliefert werden. — Darüber hinaus dürfen wir aber wohl annehmen, daß jeder Leser diese Gelegenheit eifrig benutzen wird, um neue Besteller für das Volksblatt zu gewinnen, denen schon von jetzt an das Blatt ins Haus gebracht werden kann. Die Zeitumstände sind für unsere Werbearbeit äußerst günstig. Es bedarf in vielen Fällen bei der sich hier anhäufenden Arbeiterschaft nur der Anrede um Neubestellungen für das Arbeiterblatt zu erhalten. Nutze jeder die Zeit in diesem Sinne jetzt nachdrücklichst aus; es wird das für die ganze Arbeiterbewegung von Vorteil sein.

Großörner. Unglücksfall beim Luftschaukeln. Am Sonntag gegen Abend fiel der 17jährige Bergjunge Paul Laue aus Siersleben durch zu schnelles Bremsen aus dem Kahn einer Luftschaukel, wobei er sich einen Beinbruch zuzog.

Bitterfeld. Markenverfall. Donnerstag abend verlieren sämtliche Abschnitte des Lebensmittelscheines bis einschließlich 53 ihre Gültigkeit. Ausgenommen ist Nr. 52. Die Abschnitte sind bis Sonnabend mittag im Lebensmittelamt vorschriftsmäßig gebündelt abzugeben. Nr. 51 (Kaffee-Ersatz) ist zu vernichten. Kaffee-Ersatz kann ohne Marken verkauft werden. Sollte derselbe in einigen Geschäften unverkäuflich sein, so ist er sofort an das Lebensmittelamt zurückzugeben.

Delitzsch. Die Fleisch- und Wurstausgabe erfolgt jetzt in den Kreisschlächtereien in Delitzsch, Eilenburg und Landsberg jeden Freitag, erstmalig am Freitag, dem 21. d. M., und zwar für die Verkaufsstellen der Städte vormittags von 10 Uhr an, für die Verkaufsstellen der Landgemeinden nachmittags von 4 Uhr an.

Eilenburg. In der Stadtverordneten-Sitzung wurde zunächst ein Nachtrag zum Statut der städtischen Sparkasse angenommen, durch den endlich auch hier der bargeldlose Zahlungsverkehr eingeführt wird. — Zugestimmt wurde ferner, daß der Preis für den Kubikmeter Gas abermals um 3 Pf. erhöht wird. Durch die Kohlensteuer entstehen der Gasanstalt erhöhte Unkosten von 10 000 Mk.; durch die ständige Preissteigerung aller Materialien und die unerfähliche Erhöhung der Personalentlohnung hat sich in den Gestehungskosten eine weitere Mehraufwendung von annähernd 10 000 Mk. ergeben, so daß bei einer Gesamtproduktion von rund einer Million Kubikmeter mit der geforderten Erhöhung nur die Unkostensteigerung gedeckt wird. Die Gaspreise betragen demnach ab 1. Oktober dieses Jahres für Motorgas 18 Pf., für Heiz- und Leuchtgas 20 Pf. und für Automatengas 28 Pf. — Für eine „Hindenburgspende" wird vom Magistrat die Bewilligung von 1000 Mk. gefordert, die aus den Zinsüberschüssen der Sparkasse entnommen werden. Die Vertreter des Städtetages hatten auf einer Zusammenkunft in Halle beschlossen, für diese Ehrengabe öffentlich-städtische Mittel in Höhe von mindestens 4 Pf. pro Kopf der Einwohnerschaft aufzubringen. Der Bericht der Kriegsnotdeputation brachte zunächst wieder die Bekanntgabe der bis zum 12. d. M. von der Stadt gemachten finanziellen Aufwendungen, die in einzelnen Posten in Ausgabe und Einnahme aufgeführt wurden. Die Netto-Ausgabe betrug 570 000 Mk., so daß von den für diese Zwecke bewilligten Mitteln in Höhe von 600 000 Mk. nur noch 30 000 Mk. verfügbar sind. Da diese Summe bei den gegenwärtigen Anforderungen nur für einen Monat ausreicht, wurde vom Genossen Kaute bemängelt, daß nicht schon dieser Sitzung eine Vorlage zur Aufbringung weiterer Mittel gemacht worden ist. — Danach wurde wieder die Kohlen- und Kartoffelversorgung eingehend besprochen. Die Rationierung des gesamten Winterbedarfs an Heizmaterial auf 10 Zentner wurde als durchaus unzulänglich bezeichnet. Für die Kleinmengenabgabe wurde gerügt, daß noch immer kein Weg einer gerechten Zuteilung gefunden sei. Es ist durchaus nicht zutreffend, wenn ein Stadtrat dem Genossen Nastrowik gegenüber die Behauptung glaubte aufstellen zu müssen, daß es vielleicht auf ein Verschulden zurückzuführen und er wohl der einzige sei, der noch keine Briketts habe erhalten können. Es gibt noch viele Haushaltungen, die außer einigen Abschnitten für Grudeloks noch ihre ganze Kohlenkarte vorlegen können. Bindende Zusagen über die fortlaufende Versorgung konnten leider nicht gemacht werden; denn während für die Einwohnerschaft ein Gesamtbedarf von mindestens 200 000 Zentner festgestellt wurde, sei der Stadt vorerst eine Lieferungsrate von 38 000 Zentner zugewiesen. Mehreren Händlern sind ebenfalls von ihren Lieferanten nur 70 Prozent ihres vorjährigen Umsatzes zugesichert worden, so daß wohl für die in letzter Zeit wegen der Kohlenversorgung geheiten schweren Befürchtungen Ursache vorhanden ist. — In der Kartoffelversorgung wurde einer weitmöglichsten Einschränkung des ganzen Winterbedarfs der Haushaltungen durch im Herbst das Wort gredet und gefordert, auf das festgelegte Quantum von 7 Pfund pro Kopf und Woche noch ein Pfund als Schwund zu gewähren, wie das z. B. in Merseburg geschehen ist. Da sich die Ortsbehörde dazu außerstande erklärte, soll ein dahingehendes Verlangen an den Kreisausschuß gerichtet werden. Unter allen Umständen müsse aber erwartet werden, daß das jetzt gewährte Quantum im Laufe der Monate nicht wieder in der Weise herabgemindert werde, wie das im vergangenen Jahre der Fall war.

Wittenberg. Teigwaren. Heute, Mittwoch, findet die Abgabe von Teigwaren auf Kontrollbuch statt. Es werden auf jede Person einmalig 100 Gramm Teigwaren abgegeben. Der Preis für ein Pfund Teigwaren beträgt 52 Pf.

— Abgabe von Petroleum. Auf die Petroleummarke Nr. 13 kann einmalig ein Liter Petroleum abgegeben werden. — Nachdem das Verbot des Absatzes von Petroleum außer Kraft gesetzt ist, kann Petroleum für Heimarbeiter und landwirtschaftliche Betriebe in einer Menge von wöchentlich einem Liter je Karte zum Preise von 32 Pf. je Liter bei nachstehenden Verkaufsstellen eingekauft und abgegeben werden: Friedrich Hoffmann, Jüdenstr. 26, Bernhard Kloß, Schloßstraße 32, Artur Hocke, Königsplatz 14, Karl Grille (Wolfschlager Nachfl.), Luthersstraße 29 und Allgemeiner Konsumverein, Alexrstraße 1 a.

Aus den Gerichtssälen.

Strafkammer.

Ein gerissenes Bürschchen. Wegen Diebstahls und intellectueller Urkundenfälschung hatte sich der Fürsorgezögling R. zu verantworten. Der schon vorbestrafte Angeklagte war hier zu einem Schneidermeister in die Lehre gegeben worden, von wo aus er mit den Papieren eines Kameraden flüchtete und in Köln und Duisburg Brotkartendiebstähle und Unterschlagungen beging. Er verbüßte die Strafen, die er daraufhin erhielt, auf den Namen der gestohlenen Papiere. Nachforschungen ergaben aber, daß der, auf dessen Namen R. sich einsperren ließ, sich immer noch brav in der Lehre befand und Köln und Duisburg nie gesehen hat. Fernerhin entwendete R. seinem Stiefbruder 130 Mark bares Geld, einen Anzug, Hut und Personalpapiere. Das Gericht erkannte gemäß Antrag des Staatsanwaltes auf acht Monate Gefängnis, doch rechnete es ihm zwei Monate für die erlittene Untersuchungshaft an.

Brotmarkendiebstahl. Der jugendliche belgische Arbeiter Hubert Colette entwendete seiner Wirtin aus einem unverschlossenen Schranke Brotmarken und eine kleine Geldsumme. Das Gericht erkannte auf eine Gefängnisstrafe von vier Monaten abzüglich sechs Wochen Untersuchungshaft.

Eier, Fleisch, Fett, Speck und Brot ohne Karten! Diese begehrenswerten Dinge verschrack die noch nicht 18 Jahre alte L. zu liefern. Sie wendete sich an verschiedene Hausfrauen, die auch fast alle auf ihren Schwindel hereinfielen. Die Angeklagte führte die Hausfrauen oder deren Mädchen vor die Neue Promenade 7, ließ sich dort das Geld aushändigen, und die Vertrauensseligen warteten, so lange sie wollten. Sie selbst verschwand durch einen Hausdurchgang nach einer anderen Straße. Von dem Schöffengericht war sie wegen dieser strafbaren Handlungen zu neun Monaten Gefängnis verurteilt worden. Die Beweisaufnahme in der Revision ergab, daß die Angeklagte ein geistig minderwertiges, schwachsinniges Mädchen ist, das nur in seinem Trieb nach Genäschigkeiten ein gewisses Raffinement entfaltet. Das Gericht konnte sich aber nicht zu der Annahme entschließen, daß ihr die zur Kenntnis ihrer Strafbarkeit erforderliche Einsicht gefehlt habe, und verurteilte die Angeklagte unter Zubilligung mildernder Umstände entsprechend dem Antrage des Staatsanwaltes zu zwei Monaten Gefängnis.

Wegen Sittlichkeitsverbrechens wurde der polnische Arbeiter Stanislaus Kapryzak zu einem Jahr Gefängnis, abzüglich einem Monat Untersuchungshaft, verurteilt. — Ebenfalls wegen Sittlichkeitsverbrechen wurde der Arbeiter Franz Grünreich zu einem Jahre Zuchthaus und fünf Jahren Ehrverlust verurteilt.

Letzte Nachrichten.

Ein gefährlicher Plan.

Berlin, 19. September. Unter diesem Titel alarmiert der Vorwärts die Oeffentlichkeit wie folgt:

„Von verschiedenen zuverlässigen Seiten geht uns die Mitteilung zu, daß die von den Alldeutschen geforderte „Aufklärungsarbeit" gegen die Reichstagsmehrheit an amtlichen Stellen tatsächlich vorbereitet wird. Geplant ist eine allgemeine Propaganda gegen den „lauen Frieden" und die Bedeutung parlamentarischer Beschlüsse. Geistreicherweise soll der Staat mit dem Körper verglichen werden, der ja auch nicht durch den „Mehrheitsbeschluß der Glieder", sondern durch den „einheitlichen Willen des Kopfes" regiert werde. Druckschriften, Bilder und Films, die diese Theorie verbildlichen und vor dem „Verzichtfrieden" grausich machen sollen, sind in Vorbereitung. Ansprachen in diesem Sinne werden schon jetzt da und dort gehalten. In einzelnen Fällen ist es sogar vorgekommen, daß Vorgesetzte ihre Untergebenen aufforderten, sich zum Eintritt in die neue „Vaterlandspartei" zu melden. Die Leute sind dann genötigt, allerhand Ausflüchte zu machen — „Keine Zeit! Kein Geld!" — um es sich möglichst mit ihren Vorgesetzten nicht zu verderben. Wir glauben nicht, daß der verantwortliche Reichskanzler hinter diesem Treiben steht, nehmen vielmehr an, daß er davon nichts weiß. Er wird aber, um Schaden zu verhüten, diesen Dingen nachgehen und für Ordnung sorgen müssen. Uebergriffe von Vorgesetzten, die auf eine politische Beeinflussung der Untergebenen hinzielen, führen notwendigerweise zur inneren Zersetzung. Auf diese Gefahr rechtzeitig hinzuweisen, scheint uns Pflicht. Man soll sich auch nirgends dem geringsten Zweifel darüber hingeben, daß die Ausführung jenes Planes auf entschiedene Gegenwehr in der Presse und besonders auch im Reichstag stoßen würde."

Briefkasten der Redaktion.

Th. H. in M. Nr. 135. Auf Grund Ihres Arbeitsverdienstes gehören Sie der höchsten (5.) Lohnstufe der Allgemeinen Ortskrankenkasse an. In dieser beträgt das wöchentliche Krankengeld 15 Mk., das halbe (Hausgeld) 7,50 Mk. Der Ihnen abgezogene Beitragsanteil von 90 Pf. pro Woche ist auch richtig. Daß Sie keine höhere Unterstützung beanspruchen können, liegt an der Kassensatzung. Es müßte darin noch eine höhere Klasse (6) mit einem Grundlohn von 6 Mk. und einem Krankengeld von 3 Mk. pro Tag vorgesehen werden.

K. Fr. Die Gemeinde ist verpflichtet, für Wohnungslose eine Unterkunftsstätte zu beschaffen. Tut das der Gemeindevorsteher nicht, ist gegen ihn Beschwerde beim Landrat zu führen (schriftlich). Hilft auch dieses nicht, an den Regierungspräsidenten. Solange die Kriegerfrau keine Wohnung findet und auch von der Gemeinde keine zugewiesen bekommt, bleibt sie in der alten Wohnung wohnen.

Unteroffizier, Kurland. Geschenkte Wirtschaftsgegenstände können nicht wieder zurückgenommen werden. Was geschenkt ist, ist geschenkt. Die eigenmächtige Rücknahme ist dann Diebstahl.

Abonnent. Wenn der wegen Rentenverfahren Entlassene noch nicht arbeitet und somit die Bedürftigkeit der Familie fortdauert, muß die Unterstützung weiter gezahlt werden. Bei Verweigerung ist Beschwerde zu führen.

Schimmel. Leider können wir diesen Fall auch nicht erklären; vielleicht lassen Sie den Essig im Nahrungsmittelmuseum mal untersuchen.

Amtliche Wetteranfage.

Mitgeteilt von der Wetterdienststelle Ilmenau.

Donnerstag, den 20. September: Zeitweise heiter, vorwiegend trocken, mild.

Kriegerfrauen
auch solche, welche in letzter Zeit nicht Leser unserer Zeitung waren,
erhalten das Volksblatt 25 % unter dem üblichen Bezugspreise.

Verantwortlich für: Politik, Parteinachrichten Paul Hennig; Feuilleton, Gewerkschaftliches und Kreis Kael Boß; Salle und Saalkreis und Aus der Provinz Wilh. Koenen; Eingesandt Wilhelm Herzig; Verlag: Volksblatt G. m. b. H. — Druck: Hallesche Genossenschaftsbuchdruckerei e. G. m. b. H., sämtlich in Halle

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-17067526219170919-17/fragment/page=0006